

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 24. März 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Unsere Post-Abonnenten wollen umgehend das Abonnement erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

### Die Reichs-Nagethiere.

Die preussischen Junker, die fort und fort gegen den Umsturz predigen, haben zu wiederholten Malen den Beweis geliefert, daß sie die eigentlichen Umstürzler sind, daß sie es sind, die Gesetz und Recht mit Füßen treten und die, wenn es ihnen zum Vortheil gereicht, nöthigenfalls nicht einmal vor dem Staatsstreich zurückschrecken. Sie verfolgen die bekannte Taktik des Diebes, der, um seine Verfolger von sich abzulenken, selbst in den Ruf „Haltet den Dieb!“ mit einstimmt. Es giebt keine zu Gewaltthätigkeiten geneigtere Klasse als diese Junker, die das eigene Interesse als einziges Gesetz gilt, und die alles, was sich ihrem Ausbeutungszuge in den Weg stellt, mit brutaler Gewalt zu Boden strecken.

Wer die Junker richtig versteht und ihre staatsgefährlichen Umtriebe erkennen will, der darf sie nicht allein beurtheilen nach ihren Reden im Reichstage, obwohl auch diese reichliches Material enthalten; nein, der muß dahin gehen, wo die Junker zu Hause sind, in das Abgeordnetenhaus, oder noch besser in das Herrenhaus. Hier machen sie aus ihrem Herzen keine Würdiger, hier, wo sie sicher sind, nicht auf Widerspruch zu stoßen, enthüllen sie ihre letzten Ziele, die da sind Volksverdummung, Volksentrechtung und Volksausbeutung.

Von der Tribüne des Herrenhauses herab hat vor einigen Jahren Graf Mirbach zum Staatsstreich aufgefodert, um das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht zu vernichten. Das Werk, was er damals begonnen, hat er heute fortgesetzt, nur ist er, gewichtigt durch die Kritik seiner Rede in der Presse, etwas vorsichtiger geworden, er will nicht mehr den gordischen Knoten mit dem Schwerte durchhauen, er verlangt vielmehr, daß die Regierung die Initiative zur Vernichtung des höchsten Rechtes des Volkes ergreift. Zunächst gilt es, der geheimen Stimmabgabe zu Leibe zu gehen, die Allgemeinheit und die Gleichheit des Wahlrechts sollen erst später an die Reihe kommen. Dadurch, daß die Stimmabgabe öffentlich erfolgt, soll nach dem eigenen Geständnis des Grafen Mirbach die Sozialdemokratie vernichtet werden. Ist dies geschehen, und hat man auf diese Weise einen gefügigen Reichstag erhalten, so wird es leicht sein, auch die anderen Vorzüge des geltenden Reichstags-Wahlrechts wegzuschamotiren, und so werden wir mit der Zeit vielleicht dazu gelangen, das preussische oder das sächsische Landtags-Wahlrecht für den Reichstag zu bekommen. Ganz nett ausgedacht, schade nur, daß die Rechnung nicht stimmt, denn wenn man auch mit Hilfe dieser umstürzlerischen Pläne die Sozialdemokratie aus dem Reichstage hinausgetrieben hat, aus dem Reiche kann man sie nicht treiben; im Gegentheil, aus diesem volksfeindlichen Gebahren werden ihr ungezählte Schaaren neuer Anhänger erwachsen, die im Verein mit den alten kampferprobten Genossen den Kampf gegen den Umsturz von oben kämpfen werden.

Das sollte sich auch der Bundesgenosse des Grafen Mirbach, Graf Rindowström, gesagt sein lassen, der die Rede seines Genossen ergänzte und außer der Vernichtung des Wahlrechts auch ein neues Sozialistengesetz forderte. Es ist noch nicht lange her, da galt dieser Herr, seines Zeichens Landrath des weiten Kreises Gerdaunen mit seinen 655 Getreuen, als das Schreckenskind der konservativen Partei. Jetzt ist er ihr „geistiger“ Führer. Und warum? Er hat einige sozialistische Broschüren und Flugblätter durchgelesen, einige Zitate auswendig gelernt und mit Mühe und Noth daraus eine Rede gegen die Sozialdemokratie zusammengestellt, die er allwöchentlich, sei es im Reichstage, sei es in Versammlungen unter dem Jubelgeheul seiner 655 Getreuen hält. Den mangelnden Gehalt seiner Rede sucht er durch ihre Länge und durch häufige Wiederholung derselben zu ersetzen. Aber er hat bisher wenig Erfolg aufzuweisen; im Reichstage hat er sich noch jedesmal eine glänzende Blamage dadurch zugezogen, und selbst König Stumm soll sich dahin geäußert haben, daß seine Rede gegen die Sozialdemokratie wirkungsloser ist.

So hat es denn Graf Rindowström einmal im preussischen Herrenhause versucht, und der Reid muß es ihm lassen, er hat glücklich debütiert. Die edlen und erlauchten Herren staunten ob der Weisheit, die dem gräflich-landrathlichen Munde entströmte, und sie bemerkten in ihrer Begeisterung gar nicht, daß das, was der Graf ihnen predigte, schlimmer als der schlimmste Umsturz, daß es Auflehnung gegen die bestehenden Gesetze und offene Gewalt ist. Er ruft die Polizei an, die die Verbreitung sozialdemokratischer Flugchriften verhindern soll. Er ruft die Staatsanwälte an, denen durch eine generelle Instruktion klar gemacht werden soll, daß sie die Pflicht haben, in jedem Falle, wo Sozialdemokraten eine scharfe Sprache gebrauchen und unter allen Umständen einzuschreiten haben, selbst wenn eine Freisprechung zu erwarten ist. Er will, daß die Richter durch eine generelle Instruktion darüber belehrt werden, daß es sich bei den sozialdemokratischen Schriftstücken nicht um Preßergehen, sondern um Aufreizung zum Klassenhaß und um hochverrätherische Umtriebe handelt.

Also ins Zuchthaus mit der ganzen sozialdemokratischen Schriftstellertruppe! Die Sozialdemokraten sollen unter keinen Umständen zu Ehrenämtern zugelassen werden, es soll ihnen das Rainszeichen auf die Stirn gedrückt werden. Aber nicht genug damit! Von der Kanzel herab soll gegen sie gepredigt, die Schulkinder sollen durch ihre Lehrer gegen sie gehetzt werden, kurz, es soll keinen Menschen mehr im heiligen deutschen Reiche geben, der nicht den Sozialdemokraten wie der Pest aus dem Wege geht.

Und all das genügt dem ritterlichen Grafen noch nicht. Er denunziert, daß irgendwo in irgend einer sozialdemokratischen Zeitung eine Notiz gestanden hat, die noch nicht unter Anklage gestellt ist. Und er fragt sich erstaunt: Ist denn kein Richter, kein Staatsanwalt, kein Polizist da? —

Ob die Reden der Mirbach und Rindowström bestellte Arbeit gewesen sind, wagen wir nicht zu entscheiden. Aber die Vermuthung liegt nahe, denn es ist nicht das erste Mal, daß in Uebereinstimmung mit den Wünschen der leitenden Kreise die Junker sich zu derartigen Handlangerdiensten herbeilassen. Und wenn auch die Minister Schönstedt und Freiherr v. d. Recke dem Junker Rindowström in einzelnen Punkten entgegengetreten, so stimmten sie doch dem Grundgedanken seiner Rede zu. Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. v. Riquel, freilich sah am Ministerische, ohne sich zu äußern, er begnügte sich mit einem verständnißvollen Lächeln.

Mögen sich immerhin die Junker unter Führung des Ehlen v. Rindowström zu neuem Kampfe rüsten. Die Sozialdemokratie hat nichts dagegen, sie hat zu kämpfen gelernt und sie wird auch diesen Kampf aufnehmen. Mächtigerer Gegner als der Landrath von Gerdaunen sind von ihr zu Boden geworfen, und so wird auch der neueste Ritter, der anzieht, den Drachen Sozialdemokratie zu vernichten, bald einsehen lernen, daß für diesen Kampf seine Kräfte nicht ausreichen. Die Sozialdemokratie wird Alles daran setzen, die von den Junkern bedrohten Volksrechte zu verteidigen, sie wird den Ansturm von oben abzuwehren wissen, sie wird auf die Thiere gehen, die an der Wurzel der deutschen Eiche nagen, und sie wird diese Thiere zur Strecke bringen.

### Der Prozeß Landauer

wird von der bürgerlichen Presse sehr wenig beachtet. Wenn man sich des Eifers erinnert, mit welchem vor etwa Jahresfrist der Pola-Prozeß besprochen ward, erscheint diese Gleichgültigkeit allerdings etwas seltsam. Welche Entrüstung damals über den Pariser Gerichtshof, der durchaus nicht in die Diskussion des Dreyfus-Prozesses eintreten wollte. Im Prozeß Landauer lehnte das Gericht ebenso entschieden ab, in die Diskussion des Falles Zietzen einzutreten.

Und wahrlich, wer den Bericht des Berliner Prozeßes liest, wird nicht sagen können, daß es sich hier um vergleichsweise Unwichtiges gehandelt habe. Die Elberfelder Tragödie nimmt das menschliche Interesse aufs vollste in Anspruch und das Niederwald-Attentat bildet einen hochpolitischen Hintergrund.

Jene Tragödie und dieser Hintergrund sind in keiner Weise angeklärt worden.

Der Thatbestand stellt sich nach dem Prozeß genau so dar wie vor dem Prozeß, der Schleier ist nicht gelüftet worden. Wenn der Vorsitzende des Gerichtshofes unter Auspielung auf den Dreyfus-Prozeß sich mit Befriedigung dahin ausdrückte, der Prozeß Landauer-Rubber habe den Beweis geliefert, daß es hier kein Geheimniß gebe, so hat der Herr Vorsitzende sich entschieden geirrt. Das Geheimniß, das die Freunde der Wiederaufnahme des Prozeßes Zietzen in ihrem Wege zu finden glaubten, ist gerade das Niederwald-Attentat.

Und hat etwa die Berliner Gerichtsverhandlung den Beweis geliefert, daß Polizeikommissar Gottschall mit seinem Attentat nichts zu thun gehabt habe? Im Gegentheil: Die Aussagen eines Zeugen haben die Verdachtsmomente wesentlich vermehrt. Und dieses „Geheimniß“ lastet nach den Verhandlungen des Prozeßes Landauer-Rubber noch schwerer auf dem öffentlichen Gewissen als vorher.

Ueberhaupt sind alle Hauptmomente, auf welche sich bei den Freunden der Wiederaufnahme-Verfahrens in der Zietzenfrage der Glaube an die Unschuld Zietzen's gründet, geklärt worden. Diese Momente sind, abgesehen von dem Mord, welches das Niederwald-Attentat auf den Hauptbelastungszeugen wirft, — und abgesehen von der Zeitfrage — die Wichtigkeit, die dem Zeugniß der todtwunden Frau Zietzen beigelegt wurde; und die mangelhafte Prüfung des Hammer-„Portiellens“, das mehr als irgend ein anderes Belastungs-Indiz zur Bejahung der Schuldfrage beitrug.

Das Publikum weiß durch die Verhandlungen des vorigen Mittwoch, daß die zusammenhanglos gemauerten Worte der mit Fragen gequälten Frau: „Rein Mann, mein Herr Gemahl u. s. w.“, als ein Beweis für die Thäterchaft des Mannes angesehen wurden, obgleich der Schädel ganz zertrümmert und das Vorderhirn ausgelaufen war, so daß benutztes Reden absolut ausgeschlossen war. Und vor allem wurde am Mittwoch — wie wir gestern schon andeuteten — die hochwichtige Thatsache festgestellt, daß das „Portiellen“, wie gesagt das wichtigste Beweisstück gegen Zietzen, nicht einmal chemisch auf Menschenblut untersucht worden ist!

Also nicht bloß das Niederwald-Geheimniß ist unentthüllt geblieben, sondern auch das Geheimniß der Verurtheilung Zietzen's ist durch den Prozeß Landauer-Rubber nicht nur aufgeklärt, sondern dem Zweifel nur noch mehr Raum und Nahrung gegeben worden. Die Hoffnung des Berliner Gerichtsvorsitzenden hat sich also keineswegs erfüllt. Dagegen ist der Bewegung zu Gunsten der Wiederaufnahme des Prozeßes Zietzen jedenfalls neue Kraft zugeführt worden.

Neben das Erkenntniß nur wenige Worte. Daß zwei Männer, die, wie das Gericht selbst annahm, durch die besten Motive zu ihrer „Strafthat“ veranlaßt waren, und deren einziges formelles Vergehen darin bestand, im Interesse des öffentlichen Rechtes gesagt zu

haben, was vor ihnen tausendmal gesagt worden war — daß solche Männer der eine zu sechs, der andere zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt werden konnten — diese Thatsache wird in weiten Kreisen Befremden erregen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. März.

#### Paragrafen-Kesseltreiben.

Seitdem wir die „Neuesten Nachrichten“ der Großindustriellen verdächtigt haben, sie wären einmal ehrlich und aufrichtig gewesen, suchen sie mit verstärktem Eifer Tag für Tag diese furchtbare Beschuldigung zu widerlegen. Das rothe Gespenst, das sie neulich leugnete, wird lässlich in all seiner Farbenpracht herausbeschworen, und das Blatt überbietet sich in Mitteln, um die Puppe zu scheitern. Neuerdings entdeckt sie, daß wir noch lange nicht mit genügender Energie den Zuchthauskurs steuern, noch bei weitem nicht alle Fußangeln und Selbstschüsse auskühnen, die in den Gesetzesparagrafen verborgen liegen. Der Spürsinn der Staatsanwälte und Richter scheint dem Blatt nicht hinlänglich ausgebildet. Da wir nun einmal kein Ausnahmegesetz haben, so muß eben mit den Mitteln des gemeinen Rechts ein Kesseltreiben gegen die Personen eröffnet werden, die das Verbrechen begehen, das kulturelle Aufwärtstreben der Arbeiterschaft zu fördern.

Wir haben Gesetze, nur daß ihre Anwendung bisher an Entschlossenheit und Energie zu wünschen lieh. Was in dieser Hinsicht leithen versäumt wurde, kann aber nachgeholt werden, wenn man nur an leitender Stelle sich überzeugen möchte, daß in der That der Augenblick zu einer intensiven Kraftanstrengung gekommen ist. Würden alle die Hilfsmittel, über welche die Justiz- und Exekutivbehörden auch gegenwärtig schon verfügen, zur rechten Zeit, am rechten Ort und nach einem einheitlichen Plane gegen die grundsätzlichen Verächter aller staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung angewendet, so wären wir zweifellos in der Bekämpfung des Unkrautes schon ein gutes Stück weiter. In Ermangelung von etwas Besserem nehme man seine Zuflucht zu dem Guten, was man hat, und vergesse nicht, daß das Bessere gar oft der Feind des Guten ist. Die leitenden Stellen aber dürfen sich versichert halten, daß ein energisches Vorgehen ihrerseits der vollsten Zustimmung und nachhaltigen Unterstützung durch die Gesamtheit des nationalen Erwerbslebens, durch Industrie und Handel, Kleingewerbe und Handwerk, wie überhaupt durch alle, welche den Druck des sozialdemokratischen Terrorismus mit wachsender Bitterkeit empfinden, im vorhinein sicher ist.

Die Richter sollen also — nach dem Wunsch der „Neuesten Nachr.“ — zu Schergen und Henken im Dienste des Großkapitalismus erniedrigt werden, die das Gesetz nicht anwenden sollen, um die Sprechensherrschafft einer toll gewordenen Unternehmerräusch zu bändigen, um den Terrorismus rechtsfeindlicher Kapitalisten, die Anklagenverächter und Brutalitätsprediger in Schranken zu halten, sondern die das Gesetz im Namen des Gesetzes beugen sollen, um die gewalttätige Bewegung im Geiste der Humanität, die die Weltgeschichte gesehen hat, zu erschöpfen. Welch' armseliges Beginnen! Der Gedanke marschirt am schnellsten, der Ketten trägt, und aus der Pein der Märtyrer wächst ihr Sieg machtvoll empor. Möge die herrschende Gesellschaft, soweit sie in jenem Blatte ihre Vertretung findet, in der Politik des Hundes den Jubelruf höchster Weisheit verehren, die Menschheit schreiet über diese ihre Verleumder und Schänder verächtend und ziellos hinweg.

#### Brennliches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus ist heute nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen, Rechnungssachen und Petitionen in die Ferien gegangen. Ein längere Debatte rief nur die Petition des Vorsitzenden des Friedensvereins in Frankfurt a. M. betr. andere Behandlung des Geschichtsunterrichts in den Volks- und Mittelschulen und höheren Lehranstalten hervor. Ueber die Petition, welche verlangt, daß der geschichtliche Unterricht sich mehr auf die kulturhistorischen Momente, statt auf die Kriegereignisse erstrecken soll, ging das Haus schließlich zur Tagesordnung über.

Am 11. April nimmt das Haus seine Sitzungen wieder auf.

### Deutsches Reich.

#### Die Arztentlohnung.

die Noth der Aerzte, die keine Patienten, und die der Patienten, die keinen Arzt finden oder bezahlen können, sollte in der seit Jahren angeländigten und einmal bereits veruchten Medizinalreform behoben werden. Da es nur ein Mittel giebt, den Nothstand zu beheben, die Verstaatlichung der Aerzte, so hätte eine gründliche Medizinalreform nur in dieser Richtung vorgehen können. Jetzt ist nur der Medizinalreform-Entwurf fertig und aus dem großen Organisationsplan ist ein dürftiges Plakat geworden, das sich „Gesetz über die Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung von Gesundheitskommissionen“ nennt.

Der Entwurf, den die „Deutsche medizinische Wochenschrift“ veröffentlicht, bestimmt, daß für jede Gemeinde mit mehr als 5000 Einwohnern eine Gesundheitskommission zu bilden ist. Aufgaben der Kommission sind:

1. Von den gesundheitlichen Verhältnissen des Ortes durch Befragungen sich Kenntniß zu verschaffen und die Maßnahmen der Polizeibehörde bei der Verhütung des Ausbruchs oder der Verbreitung ansteckender Krankheiten in geeigneter Weise (Untersuchung von Wohnungen, Belehrung u. s. w.) zu unterstützen;
  2. über alle ihr von dem Landrath, von der Polizeibehörde und dem Gemeindevorstand vorgelegten Fragen sich gütlichlich zu äußern;
  3. diesen Behörden Vorschläge zu machen. Auch sollen der Landrath und die Kreispolizei-Behörde vor Erlaß von Verordnungen, die das Gesundheitswesen betreffen, die Gesundheitskommission hören.
- In Gemeinden mit 5000 oder weniger Einwohnern kann, in Städten muß die Bildung erfolgen, hier, wenn der Regierungso-

Präsident sie anordnet; in Landgemeinden kann sie vom Landrath im Einvernehmen mit dem Kreisamtsarzt angeordnet werden.

Der über den Kreisarzt handelnde Ausschuss sagt: Der staatliche Gesundheitsbeamte ist der Kreisarzt. Er ist der technische Beirath des Landraths, im Stadtkreise der Polizeibehörde. Der Kreisarzt ist dem Regierungspräsidenten unmittelbar unterstellt. Der Kreisarzt hat insbesondere die Aufgabe:

1. auf Erfordern der zuständigen Behörden in Angelegenheiten des Gesundheitswesens sich gutachtlich zu äußern, auch an den Sitzungen des Kreisamtsausschusses und des Kreistages auf Ersuchen dieser Körperschaften oder ihres Vorsitzenden mit beratender Stimme theilzunehmen;

2. die gesundheitlichen Verhältnisse des Kreises aus eigener Anschauung zu beobachten und auf die Bevölkerung aufklärend und belehrend einzuwirken;

3. die Durchführung der Gesundheitsgesetzgebung und der hierauf bezüglichen Anordnungen zu überwachen und nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften die Heilanstalten und anderweitige Einrichtungen im Interesse des Gesundheitswesens zu beaufsichtigen; auch hat er über das Apotheken- und Hebammenwesen, über die Heilgehilfen und anderes Hilfspersonal des Gesundheitswesens die Aufsicht zu führen;

4. den beauftragten Behörden Vorschläge zur Abstellung von Mängeln zu machen; auch neue für die öffentliche Gesundheitspflege geeignete Maßnahmen in Anregung zu bringen.

In dem früheren Entwurf war der Kreisarzt (Kreisphysikus) Vorkämmerer, und es war ihm ein Assistent beigegeben, der gleichfalls keine Privatpraxis treiben durfte. Der jetzige Entwurf ändert an der Stellung des heutigen Kreisphysikus nichts Besonderes; er bleibt hiesiger Beamter, halb Privatarzt. Die „Post“ macht darauf aufmerksam, daß diese Aenderung gegenüber dem früheren Entwurf den Wünschen der Oefelbieter angeht. Durch die Zwitterstellung der Kreisärzte wird lediglich der Konkurrenzkampf der Mediziner verschärft, und für die ärmere Bevölkerung — namentlich auf dem Lande — wird nach wie vor die Gesundheitspflege erschwert, ja fast unmöglich.

Dem Bundesrath ist ein Gesetzentwurf wegen Verwendung von Mitteln des Reichs-Jubalidenfonds zugegangen. Danach wird die im Gesetz von 1895 vorgesehene Beschränkung der Verwendung von Mitteln des Fonds für die dafelbst bezeichneten Zwecke auf die Hüfen des entbehrlichen Altbestandes aufgehoben. Der Ausgabebedarf des Fonds für das Jahr 1899 erhöht, also auf 1 000 000 M. festgesetzt. Ferner werden aus dem Reichs-Jubalidenfonds für 1899 Beträge zur Verfügung gestellt, um im Falle des Bedarfs Wittwen und Aindern der im Kriege 1870/71 gefallenen oder infolge des Krieges gestorbenen Militärpersonen neben den gesetzlichen Bezügen Zuschüsse gewähren zu können. Für 1899 sind für diese Zuschüsse 600 000 M. festgesetzt. In den folgenden Jahren soll die erforderliche Summe in den Reichshaushalts-Etat eingestellt werden. Diese Zuschüsse unterliegen nicht der Beschlagnahme und die Bewilligung erfolgt unter Ausschluß des Rechtswegs durch die Militärbehörde. Die Wittwen der Soldaten vom Feldwebel abwärts sollen neben der gesetzlichen Beihilfe jährlich 120 M. Zuschuß erhalten, wodurch sich die Bezüge der Wittwe eines Feldwebels auf 444 M., eines Unteroffiziers auf 372 M., eines Gemeinen auf 300 M. erhöhen.

Die schamhaften Studenten. Aus Anlaß unserer Bemerkungen über den verurtheilten und heuchlerischen Aufbruch der Hallenser Altmittelschule sind uns verschiedene Zuschriften zugegangen, die Material über die sittliche Reinheit der aus den „Stätten christlichen Strebens“ hervorgegangenen männlichen Aerzte beisteuern. Da ist u. a. ein päpstliches Druckstück, die dazu dienen, an Festenden ärztlicher Ständevereine die Gemüther der durch den Eynismus der weiblichen Studenten noch nicht bedängten Mediziner zu erheitern. Wir haben vergebens versucht, diese Dokumente christlichen Strebens durchzulesen. Eine solche Verquickung von Nothheit, Bigotterie, schamhaftester Gemeinheit und — Wissenschaftlichkeit hätten wir nicht für möglich gehalten. Wir können uns nichts Gelblicheres denken, als diese schamlose Ausbeutung der Gynäkologie, um die Lasterheit der Festgenossen zu klären.

Wir werden abwarten, wie sich die Rediziner zu dem die Frauen beschimpfenden Hallenser Aufbruch stellen werden, und hoffen nicht genöthigt zu sein, um die Heucheleien der Herren zu entlarven, einige „Beleuchtungsproben“ von der sittlichen Anschauung medizinischer Ständevereine aus unserem Archiv den „Stätten christlichen Strebens“ zu widmen.

Die Presse beschäftigt sich auffällig wenig mit dem Aufbruch. Die Studenten werden ungalant — das ist die gemüthliche Auffassung einzelner Blätter. Dagegen widmet das offiziöse Organ der liberalen Geheimräthe, der „Hamburgische Korrespondent“, den Hallensern kräftige Worte:

Wir erschrecken über die Leichtfertigkeit, mit der dieser Aufbruch seine zum Theil geradezu unerhörten Behauptungen aufstellt. Man kann über die Thunlichkeit eines gemeinsamen klinischen Unterrichts für beide Geschlechter bei einem Theil des zu behandelnden Stoffes gewiß im Zweifel sein. Aber was sollen diese maßlosen Ueberhebungen, und was stellen sich die Herren Kliniker in Halle selbst für ein Zeugnis aus, wenn sie bemerken, daß in die Stätten des christlichen Strebens“ mit den Frauen der Eynismus eingeschoben sei! Den Frauen ist es gewiß bitterer Ernst mit ihrem Studium. Der Eynismus wird also anderswoher kommen, und er kann nur in Deuten ausgelöst worden sein, die an sittlicher Reife Alles zu wünschen übrig lassen.“

### Ein Vorgänger Kirchner's.

In der Berliner Siegesallee wurden am Mittwoch wieder ein paar Standbilder enthüllt; eines stellte den letzten Wittelsbacher Markgrafen Otto den Rauen (1865—1873) dar, dem als Begleiter Thilo v. Brünge und Thilo v. Wardenberg, Bürgermeister von Berlin, dienen. Bei der Enthüllungsfest machte der Kaiser, wie die Blätter erzählen, den anwesenden Bürgermeister Kirchner auf die Person seines „Kollegen“ Thilo v. Wardenberg aufmerksam, der ein trohiger, aber tüchtiger Kerl gewesen sei: „seine Berliner“ hätten ihn allerdings in seinem Streben im Stiche gelassen. Der Kaiser fragte, ob Herr Kirchner vielleicht zufällig schon von ihm gelesen habe; es gebe noch Spuren von ihm in der lg. Bibliothek, und schließlich sei auch eine Monographie über Thilo v. Wardenberg erschienen.

Thilo v. Wardenberg hat versucht, eine Junkerherfschaft gegenüber der „gemeinen Bürgerschaft“ zu etablieren. Er gerieth über diesem Streben auf den Nichtboden, allwo sein Kopf unter dem Weile fiel. Das alte Berliner Stadtbuch, aus dem die „Volks-Zeitung“ einiges zitiert, sagt ihm allerlei „lose Dinge“ nach, so zum Beispiel, daß er seinen Landesherrn schlecht behandelte. Wenn nämlich die Fürsten einen Landtag abhalten wollten und Thilo als Bürgermeister die Rathsmänner zusammenberufen sollte, so ritt er einfach „up dat veld“ und wartete der Herren nicht. Er verbot seinen „Kampanen“, im Rath zu reden, so daß sie „nicht rathen konnten zu der Stadt Ruz und Frommen“.

Der Zeitungsgeheimrath Freiherr v. Zedlitz-Kaukisch, bekannt durch seine Thätigkeit an der Post des Herrn v. Stumm, ist nunmehr zum Präsidenten der Seehandlung ernannt worden. Mit dieser Ernennung erlischt das Mandat des Herrn v. Zedlitz zum preussischen Abgeordnetenhaus. Es wird jedoch schon jetzt die beglückwünschende Rede verbreitet, daß der Beförderer in seinem bisherigen Wahlkreise wieder zu kandidiren gerufen werde.

Einem katholischen Unterstaatssekretär hat das Centrum trotz seiner Willkürmässigkeit nicht in das Kultusministerium zu bugfragen vermocht. Die Proteste der ultramontanen Presse gegen die Kandidatur Barisch haben nichts gemocht. Wie die „Kreuz-Zeitung“ erzählt, ist nunmehr Ministerialdirektor v. Barisch auf den durch das Ausschreiben v. Weyrauch's erledigten Posten des Unterstaatssekretärs im Kultusministerium berufen worden.

Daß die „Geistesfreiheit“ im Reichs-Bosse durch diese Berufung nicht nötheliebt, dafür ist gesorgt. Die „Kreuz-Zeitung“ rühmt ihm nach, daß er einer uralten märkischen Pastorenfamilie entstamme. Er ist ein Mann von konservativer und bekenntnistreuer Gesinnung und hat während seiner früheren langjährigen Mitgliedschaft in den hneubalen Körperschaften stets in vorzüglichem Sinne für den Zusammenschluß der positiven Elemente gewirkt.

Wäre der heftige Post nicht ein noch frommerer Unterstaatssekretär geworden?

Die alte Post. Die „Post“ bildet sich immer mehr zu jener Postfigur eines geisteschwachen Schwärms aus, der bei jeder Erörterung auf die gleiche Nyanwendung herandrückt. Heute lesen wir:

„Einen weiteren schlagenden Beweis für diese geistige Verwahrlosung von Anarchisten und Sozialdemokraten liefert der heutige „Vorwärts“, welcher die Verurtheilung Landauer's als durchaus verfehlt bezeichnet und seine Freisprechung fordert. Das sozialdemokratische Blatt verlangt daher nichts weniger, als daß die Ehre pschittreuer Männer sozialdemokratischen und anarchischen Verdächtigungen schuldlos preisgegeben werden soll, wenn nur den Urhebern dieser Verdächtigungen ein dolus nicht nachgewiesen werden kann. Diese Auffassung des sozialdemokratischen Parteiblattes bedarf keines Kommentars; es spricht eine nur zu deutliche Sprache und enthält an alle diejenigen, welche auf Ehre etwas halten, die deutliche Mahnung, sich zur nachdrücklichen Abwehr gegen sozialdemokratische und anarchische Behauptungen zusammenzuschließen.“

Die „Post“ hätte sich mit ihrer Enttöschung an die Adresse des Staatsanwalts im Prozeß Landauer wenden sollen, der unsere Anschauung in noch härterer Form ausgesprochen hat. Bekanntlich hat der Oberstaatsanwalt v. Egidy die „Ehre pschittreuer Männer“ den gleichen „Verdächtigungen“ preisgegeben, und die Staatsanwaltschaft hat nicht einmal Anklage erhoben, weil, wie der Staatsanwalt Stachow in der Verhandlung erklärte, an seinem guten Glauben kein Zweifel bestand. Das war eine sehr verständige Anschauung des Staatsanwalts, die leider weder in seinem Strafentwurf, noch in dem Urtheil des Gerichts zur Geltung kam.

Ueber den verlotterten Ehrbegriff der Sozialdemokraten jammert die „Post“, wagt aber nicht, gleich der übrigen reaktionären Presse, unsere Ausführungen über Zwangseid und Ehrbegriff wiederzugeben. Würden ihre Leser nicht besser von dem verlotterten Ehrbegriff der Sozialdemokratie überzeugt werden, wenn sie unseren Artikel ganz abdruckte? — Die „Deutsche Tageszeitung“ hat bisher keine Antwort auf unsere Frage nach dem Deutlichkeit, trotz der fruchtbareren Phantasie ihres Chefredakteurs, gefunden. Die Geschichte ist eine unangenehme Erinnerung für die Herren, die jedesmal an historischem Gedächtnißschwund leiden, wenn es sich nicht um geschichtliche Fälschungen handelt.

Ueber die Berliner Epiciersaffäre schreibt der Berliner Verlehterhatter der „Hamb. Nachr.“: Die Untersuchung in Bezug auf den „Rud der Harmlosen“ dauert fort, und wie man sich erzählt, sollen die Umstände, die dabei zu Tage getreten sind, für manchen hochangesehenen Namen von peinlicher Art sein. Aber Herr v. Windheim ist ein energischer Mann und sählt sich durch keinerlei Rücksichten gebunden; ich glaube, daß das in diesem Falle doppelt gut ist; denn es scheint in der That, als habe in letzter Zeit das Untwesen des heimlichen Glückspiels wieder stark überhand genommen. Unwillkürlich werden die Keltoren bei dieser Gelegenheit an jenes ähnliche Vorkommniß in den fünfziger Jahren zu denken, das in seinen Folgen den damaligen Polizeipräsidenten v. Hindedeu in den Tod stürzen sollte.“ Der in der höheren Gesellschaft gut bekannte Korrespondent erzählt dann aus den 70er Jahren von der Spielhölle eines gewissen Casper: „Natürlich drehte sich Alles um das Spiel, an dem der Wirth selbst sich aber fingenweise nicht betheiligte; er erhielt von jeder Bankeinlage seinen Prozentsatz, ließ sich die verabreichten Speisen und Getränke hoch bezahlen und maachte dabei ein glänzendes Geschäft, ohne sich allzu großem Risiko auszuweisen. Die Hauptsache für ihn waren die Darlehen, mit denen er den Herren, die im Glück im Spiel hatten, unter die Krme griff. Als das Rest späterhin, als ein Herr v. D. sich infolge ungebührlicher Verluste erschossen hatte, aufgehoben wurde, drangen eigenthümliche Gerüchte in die Oefentlichkeit. Es stellte sich heraus, daß der Wirth der Spielhölle mit der ganzen Wucherflotte Berlins in Verbindung stand, und daß man die „interessanten Abende“ nur arrangierte, um sich neue Opfer zu sichern. Denn natürlich erhielten lediglich solche Herren Einladungen, von denen man wußte, daß sie selbst, respektive ihre Väter vermögende Leute waren. Gefälligkeitssätze spielten bei diesem Treiben eine große Rolle; auf der Wuchererbörse gingen dann die Papiere von Hand zu Hand und wurden taxirt und abgemogelt, aber den entscheidenden Schlag gegen die leichtsinnigen Kaufsteller führte man gewöhnlich erst, wenn das Opfer „reif“ war. Die größte Freude pflegte auf dieser Wuchererbörse zu herrschen, wenn man einer Fälschung auf die Spur gekommen war, die dann so lange geheim gehalten wurde, bis man sie zum Zwecke einer größeren Erpressung ausnützen konnte.“

Eine Verhöhnung der Familie Bismarck leisten sich die „Hamburgische Nachrichten“, indem sie folgende Kundmachung der Welt preisgeben:

Einige Zeitungen beschäftigen sich neuerdings wieder mit dem Prozeß, den der frühere Friedrichshäger Oberförster Lange gegen den vereinigten Fürsten Bismarck angestrengt hatte. Im verschiedenen irrthümlichen Auffassungen zu begeben, möchten wir wiederholt feststellen, daß der Oberförster Lange mit einer festen jährlichen Pension von viertausendfünfhundert Mark haat aus seinem Dienstverhältnis ausgeschieden ist; seine Nachansprüche, wegen deren er gegen seinen früheren Dienstherren prozessirte, und die von den Gerichten als unbegründet abgewiesen worden sind, bezifferten sich auf die Summe von jährlich rund zweihundert Mark.“

Zweihundert Mark sind für die Millionäre schon langwierige Prozesse werth.

Das Buch-Tagebuch wird demnächst auf dem deutschen Büchermarkt erscheinen. Die Bismarck-Presse sucht schon vor dem Erscheinen des Werkes das Publikum abzugewinnen. Und doch hat der konservative Verlag von Grunow in Leipzig bereits dafür gesorgt, daß die „anständigen“ Stellen des englischen Textes entfernt werden. Die Bismarck-Presse kann es nicht ertragen, daß ihr Peros gezeichnet wird, wie er wirklich war.

Ueber die geplante Nord-Süd-Afrika-Bahn schreibt die „Pres. Ztg.“: „Wirtschaftlich hat eine solche Bahn, soweit dabei das Innere, Zentralafrika, in Betracht kommt, ganz und gar keine Bedeutung; denn dort ist überhaupt nichts zu holen. Die Menschen sind bedürfnislos und unglücklich zu jeder Arbeit. Zentralafrika produziert nur Eisenstein und Sklaven. Die Ausfuhr von Sklaven aber ist verboten, und die Ausfuhr von Eisenstein nimmt von Jahr zu Jahr ab. Die aus früherer Zeit noch ausgebehaltenen Vorräthe von Eisenstein im Innern Afrikas geben zur Reize, und die lebenden Elephanten sind in rother Abnahme begriffen. Was an Eisenstein noch zu holen ist, wird jetzt schon durdweg westwärts durch das Kongogebiet nach der Küste ausgeführt.“

Oberbürgermeister Rauenlos. Am Oktober d. J. wird hier bekanntlich der stehende internationale Geographentag zusammengetreten, dessen Ehrenpräsidium fürstliche Personen übernommen haben. Zu einem der Ehren-Vizepräsidenten ist nun laut Programm der

„Oberbürgermeister von Berlin“ gewählt worden, der einzige „Vize“, der namenlos auf dem Papier steht. Vorkühligeweise hat das Komitee nämlich den Namen fortgelassen.

Das heißt eine Ehre ohne Ansehen der Person! —

Aus der Rheinpfalz. In Kirchheimbolanden versammelte sich am Montag eine Anzahl alter Achtundvierziger aus der Pfalz, Mainz u. s. w., um sich wegen der Vorbereitungen zur 50-jährigen Gedächtnisfeier zu Ehren der im Kampfe für die Reichsverfassung am 14. Juni 1840 gegen die Brechen in Kirchheimbolanden Gefallenen zu besprechen. Nach längerem Verathen einigte man sich dahin, daß der Volksverein Kirchheimbolanden die nöthigen Vorbereitungen treffen soll. Die Feier selbst soll am 11. Juni stattfinden. Sowie bei fest feststeht, wird sie in der Hauptstadt in einem Fest auf dem Friedhofe am Denkmal der um ihre Söhne trauernden Germania besetzen.

### Ueber die Stadtverordneten-Wahlen in Karlsruhe i. B.

wird uns geschrieben: Von 8757 Wahlberechtigten der III. Klasse blieben etwa 5700 ihr Wahlrecht aus. Die Liste der vereinigten Sozialdemokraten und Demokraten erhielt 2511 bis 2524 Stimmen; es folgten davon 10 Sozialdemokraten, 4 Demokraten, während die Genossen Roth und Sauer unterlagen, obidion sie nur wenige Stimmen unter den Kollegen blieben; denn die beiden Zentrumskräfte, welche auf der Liste der nationalkonservativ-freisinnigdemokratischen Vereinigung und auf der Zentrumliste standen, erschienen mit 1170 Stimmen als an erster Stelle gewählt. Das Centrum verfügte über 822 Stimmen; die Höchstzahl der Stimmen des reaktionären Dreimännerbundes betrug 2576. Im Jahre 1896 hatten die Nationalliberalen 1200, die Sozialdemokraten 1900 Stimmen in der 3. Wählerklasse. Der Kampf war ein heftiger; der Sieg ist um so ehrenhafter, weil die Gouvernementsämter das Neueste ausboten, um die „getreue Weiberg“ vor der sozialdemokratischen Gefahr zu retten. Sie sind doch geschlagen und machen nur das sonderbändlerische Centrum zum Preisgeblieben. Jetzt gilt es für unsere Karlsruher Genossen, bei der Wahl der 4 Ersatzmänner der 3. Klasse noch einmal auf dem Posten zu sein.

Aus Oeffen, 18. März. (Fig. Ver.) Landtag. Die heftige zweite Kammer hat in der verfloffenen Woche einen großen Theil ihrer reichhaltigen Tagesordnung erledigt. Das Hauptstück Sozialdemokraten hatte alle Hände voll zu thun, um unserem Standpunkt so viel als möglich Ausdruck und Geltung zu verschaffen. Leider fehlte unsere bewährteste Kraft, der Abg. Ulrich, den eine nicht unbedenkliche Erkrankung fernhielt. Er befindet sich jetzt glücklicherweise außer Gefahr und auf dem Wege der Genesung. — Der sozialdemokratische Antrag auf Errichtung einer staatlichen Lungenheil-Anstalt wurde, entgegen dem Beschluß der ersten Kammer, zum zweiten Male einstimmig angenommen; eine entgegenkommende Erklärung des Staatsministers Roth löste hoffen, daß die neue Regierung die Sache in Angriff nehmen wird. — Der für die Entwicklung des Volkshilfswesens wichtige Antrag Schönberger und Genossen, sämtliche Kosten der Fortbildungsschulen auf den Staat zu übernehmen, wurde von unserem Abg. Rau energisch unterstützt. Auch in dieser Angelegenheit dürfte die Regierung dem Willen der großen Mehrheit der Kammer demnächst Folge geben. — Befußt Ausbau und Zentralisation der Arbeitnachweise forderte ein vom Abg. Köhler (Worms) angelegener Antrag Erhöhung des Staatszuschusses um 60000 Mark. Seitens der Regierung gab der Ministerialrath Braun eine Uebersicht über die rasche Entwicklung der heftigsten Arbeitnachweise und versicherte sein lebhaftestes Interesse für ihre weitere Vervollkommenung. Abg. Haas (Mainz) gab unseren Wünschen in Bezug auf den Ausbau dieser Organisation Ausdruck. Gegen den vom Abg. Köhler (Worms) in die Debatte geworfenen Gedanken, die Arbeitnachweise durch Ausschluß des Stellennachweises in den Städten gewissen agrarischen Blödsinn zu Liebe zu verstümmeln, wurde durch den Abg. David sofort energischer Protest eingelegt. — Dem von der Regierung geforderten weiteren 10 Millionen Staatskredit für die Landes-Kreditkasse, deren Aufgabe es ist, Meliorationsdarlehen gegen hypothekarische Sicherheit an Gemeinden und Private zu geben, wurde von unserer Seite zugestimmt. Abg. David begrüßte die Erweiterung dieses dem landw. Fortschritt dienenden Instituts und entwickelte die Vorteile einer staatlichen Vermittlung des gesammten Hypothekarkredits. Voraussetzung bliebe jedoch für uns dabei immer, daß der Staat kein Geld aufsehe; andererseits sollte die Finanzspannung nicht größer sein als nöthig sei, um die Verwaltungskosten zu decken. — Der speziell die Mainzer Arbeiterkassette nahe bestehende sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Brückengeldes wurde leider wiederum abgelehnt, trotz der sachlich gewichtigen und vortrefflichen Ausführungen des Abg. Haas; nur für die ein Fahrrad benutzenden Arbeiter wurde seitens der Regierung eine Erleichterung dieser Extrasteuer in Aussicht gestellt. — Eine große Debatte insipste sich an den Antrag Deunmer und Genossen, der die heftige Regierung ersucht, im Bundesrathe auf die Anhebung der Zollkredite für Getreide hinzuwirken. Die Regierung lehnte es ab, sich eine gebundene Marktschranke vorzuschreiben zu lassen, worauf die Agrarier verschiedenster Parteistattung ein heftiges Angriffswort auf sie eröffneten. Nicht nur das Heil der Landwirtschaft, auch die Rettung der kleineren Mühlen wurde von der Befestigung der gemischten Transilager und Aufhebung der Mühlenkonten erwartet. Der Zentrumsagruarier Zehr, v. Roth erklärte dabei frank und frei, die heutigen Getreidezölle seien „leider lange nicht hoch genug“. Abg. David beleuchtete scharf den Zweck, den die Antragsteller verfolgten: die Erhöhung des Zolles um die Zolllinien für die Zell des Transports und der Einlagerung. Erleichterung der Votterfertigung und Vertheuerung seien die Folge. Die heimische Landwirtschaft solle durch Hebung der Produktion und genossenschaftliche Organisation der Getreidelagerung die gemischten Transilager entbehrlich machen; dann verschänden sie von selbst.

Der Antrag wurde schließlich gegen die sozialdemokratischen und eine freisinnige Stimme angenommen. — Die Kammer dürfte noch den größten Theil der kommenden Woche zu thun haben, um das vorliegende Material aufzuarbeiten.

### Ein Schlag ins Wasser.

Aus dem Elsaß wird uns geschrieben: Die von der Colmarer Staatsanwaltschaft gegen die Landesorganisation der elsaß-lothringischen Sozialdemokratie eingeleitete Haupt- und Staatsaktion scheint sich als ein Schlag ins Wasser zu erweisen. Wie wir seiner Zeit mittheilten, fanden zu Anfang des Jahres bei den leitenden Genossen unserer Parteivereine in Gebweiler (Oberelsaß) zahlreiche Hausdurchsuchungen, Konfiskationen von Kassendbüchern, Vernehmungen u. s. s., denen am 18. v. M. dieselben Maßregeln bei den Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses unserer reichsständischen Parteileitung, den Genossen Böhle, Hoffmann und Martin in Strasbourg und Emmel in Saargemünd folgten. Das Ergebnis derselben beschränkte sich auf die Beschlagnahme einiger Kassendbücher und sonstiger Papiere bei dem Kassier Hoffmann. Es handelte sich bei diesem Vorstoß der Behörde darum, den Nachweis dafür zu erbringen, daß die in den verschiedenen Parteien des Landes bestehenden politischen Klubs (Landesgesellschaften) erlaubte Vereinigungen von nicht über 30 Mitgliedern eine mit dem Landeskomitee zusammenhängende Organisation ohne die erforderliche behördliche Genehmigung bilden. Das dierhalb eingeleitete Strafverfahren ist nunmehr, soweit es sich gegen die erwähnten Gebweiler Genossen richtete, wegen Mangels genügend Verdachtsgründe eingestellt worden. Die Kosten wurden der Staatskasse zur Last gelegt und die beschlagnahmten Gegenstände zurückertattet. Es freit sonach außer Zweifel, daß auch die in Untersuchung gezogenen Mitglieder des Landeskomitees außer Verfolgung gesetzt und damit der ein gewisses Aufsehen erregende Vorstoß der Colmarer Staatsanwaltschaft im Sande verlaufen wird. Dieser Ausgang der Angelegenheit ist um deswillen einigermassen zu bedauern, weil mehreren angeklagten Genossen, denen der Nachweis der absoluten Gefährlichkeit unserer derzeitigen reichsständischen Partei-

Organisation ein Verbot gewesen wäre, dadurch die Möglichkeit genommen ist, in öffentlicher Gerichtsverhandlung darauf hinzuweisen, daß die Behörden oft dasjenige, was sie der sozialdemokratischen Partei gegenüber zum Anlaß eines mit Aufwand in Szene gesetzten Strafverfahrens nehmen, für völlig erlaubt erachten, sobald es sich dabei um „staatsverhaltende“ Vereinigungen, wie Kriegervereine, die Organisation der Merkanten, der Nationalliberalen etc. handelt.

### Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Der verantwortliche Redakteur und Verleger des antisemitischen „Fürcher Beobachter“ in Fürth stand Dienstag vor dem Nürnberger Schwurgericht wegen Majestätsbeleidigung und Vergehens wider die Religion. Das Verdict wurde in einer Kritik der Jerusalemer Kaiserrede erlassen. Der Beklagte wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Wegen Majestätsbeleidigung, angeblich begangen beim Anblicke einer Kaiserbüste, wurden am 22. d. M. von der I. Strafkammer des Weutheuer Landgerichts der Maurermeister Kasimir Lersch und der Geschäftsführer des polnischen Verlagsgeschäfts „Katholik“, Robert Jarba, beider aus Weutheuer, zu 6 resp. 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Abrißungskonferenz.** Italien soll seine frühere Weigerung, auf der Konferenz zu erscheinen, wenn auch der Vatikan eingeladen werde, aufgegeben haben. Rußland soll für Aufgabe der Weigerung eine Unterstützung der italienischen Ansprüche in China zugejagt haben.

### Auch ein Attentäter!

Aus Zürich wird uns geschrieben: Im Luzerner „Demokrat“ wird eine romantisch klingende, aber thatsächlich wahre Attentatsgeschichte aus Reinach im Kanton Argau, wo Zigarrenindustrie betrieben wird, veröffentlicht. Danach kam jüngst dorthin ein verheirateter Zigarrenarbeiter aus Bayern, der bald einen Landsmann, den Schuhmacher Hofmann, in Reinach kennen lernte und diesem vertraulich mittheilte, daß er „in ein anararchistisches Komplotz verwickelt sei, das beschloffen habe, den deutschen Kaiser am 11. März zu tödten. Das Loos für die Ausführung sei auf ihn gefallen, nun habe ihn der Muth verlassen und aus diesem Grunde sei er in die Schweiz geflüchtet.“ Hofmann schrieb nun darüber an den Kaiser und an den Reichskanzler nach Berlin und der dumme Prahlhans wurde auf Veranlassung des deutschen Konsulats in Zürich verhaftet und auch dahin abgeführt. Hier ergab sich, daß der Zigarrenarbeiter in abernster Weise gesteuert hatte und an der ganzen Komplotz- und Attentatsgeschichte kein wahres Wort ist, so daß er sofort wieder entlassen wurde. Er hat nie irgend einer Organisation angehört und ist weder Anarchist noch Sozialist und beschäftigt sich nicht mit Politik. Nach seiner Rückkehr von Zürich nach Reinach machte er einen Selbstmordversuch, an dessen Ausführung er aber verhindert wurde. Durch die dumme Geschichte hat er seine Arbeitsstelle verloren und sitzt nun mit der ganzen Familie mittellos in Reinach. — Für sinnige Polizeispäher wäre der Vorgang von Nutzen gewesen zu einer gründlichen Attentatsgeschichte und ein fetter Wissen für alle Scharfmacher.

**Dem neuen Bürgermeister von Paris** widmet die „Konseru. Korrespondenz“ folgende Betrachtung:

Der neue Gemeinderathspräsident, Louis Adrian Lucipia, der französischen Hauptstadt ist Sozialdemokrat. Ursprünglich Jurist, trat er in die Redaktion der sozialdemokratischen Blätter „Reforme“ und „Rue“ ein. Während des deutsch-französischen Krieges war er Hauptmann in einem Freiwilligen-Geniebatallion und bis zum Sturz der Kommune, der er angehörte, Mitarbeiter des „Cri du Peuple“. Das Kriegsgericht verurtheilte Lucipia zum Tode. Doch wurde diese Strafe in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt. Lucipia trat zunächst in Toulon die grüne Wägen und die Rente. Dann deportirte man ihn nach Reulalebonien auf die Insel Rou. Im nächsten Jahre, 1879, genoss er eine Begnadigung zu zehn-jähriger Verbannung und im Jahre 1880 nach seiner Rückkehr nach Frankreich vollkommenen Straferlass. Er wurde Mitarbeiter des „Citoyen de Paris“, der „Convention Nationale“ und des „Radical“. Wald darauf wurde er auch in den Pariser Gemeinderath entsendet, und nun ist er Präsident dieser Körperschaft. So herrlich weit haben wir es in der deutschen Reichshauptstadt nun freilich noch nicht gebracht; wer weiß aber, was bei dem Wachsen des sozialdemokratischen Einflusses auf die „führenden“ Kreise Berlins noch werden mag.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der „Genosse“ **Bürgermeister** bei der bevorstehenden Pariser Weltausstellung die **hauptsächlichen** Honneurs zu machen haben wird. Für diejenigen Ständepersonen, welche etwa Lust haben sollten, der Republik die Ehre ihres Besuches zu theil werden zu lassen, dürfte die Aussicht, von einem ehemaligen Mitgliede der Kommune begrüßt zu werden, wohl etwas abführend wirken.

Die „Konf. Korresp.“ ist über die Stimmung der Ständepersonen sehr schlecht unterrichtet. Die Ständepersonen wären glückselig, wenn der sozialdemokratische Bürgermeister das einzige Hinderniß eines Besuches der Weltausstellung bildete. Selbst der Jar hat ja der Kaiserreise gebilligt. Aber für manche Ständeperson bestehen ernste zwingende Gründe, die Sehnsucht nach Paris zu bändigen.

### Ausland.

**Der Gewaltstreik gegen Finland.** Die von der russischen Regierung gegen Finland ins Werk gesetzten Gewaltmaßregeln wurden wie üblich in der russischen Presse todgeschwiegen und die Nachrichten über jene Vorgänge kommen theils durch die Vermittlung der schwedischen Presse, theils aus privatem Wege. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß auch allerlei unrichtige Gerüchte aufstauden konnten. Die Gerüchte über den Gesundheitszustand und die vorgebliche Entmündigung des Kaisers fanden umso mehr Glauben, als man nicht wohl annehmen konnte, daß der Autor des Friedensmanifestes, der im Geruche einer gewissen „liberalen“ Gesinnung steht, einen derartigen Schritt, wie ihn die Vergewaltigung Finlands bildet, in kürzester Frist unternehmen würde. Diese Thatsache nun findet durch den Umstand ihre Erklärung, daß der Jar, wenn auch vielleicht nicht in dem Maße wie seinerzeit sein Vater, von der orthodox-geistlichen Partei am Hofe in hohem Maße beeinflusst wird, wobei diese Partei in der Person der Kaiserin-Witwe eine fanatische Interpretin ihrer Wünsche und Ideen findet.

Erfst in einer der letzten Nummern der „Kowoje Wremja“ werden die finnlandischen Angelegenheiten wieder erwähnt und zwar weicht die Zeitung von einer neuen Gewaltmaßnahme zu berichten. Auf die in Petersburg erhobenen Vorstellungen des finnlandischen Generalgouverneurs, Bobrilow, nämlich ist unter dessen Aufsicht ein Zensurkomitee gebildet worden, welches sorgfältig darüber wachen soll, daß ja kein Writchen des Unwillens über das aufgezogene Joch und die autokratische Vergewaltigung der Presse entschlüpfen soll. Bobrilow begründete seine Forderung mit der Vorspiegelung, die finnlandischen Zeitungen hätten seit dem Manifeste des Jaren angeblich einen revolutionären Ton angeschlagen und „Thron, Regierung, die Wahrheit und persönliche Ehre“ angegriffen.

So werden alle feierlich beschworenen Rechte des finnlandischen Volkes, eines Volkes, das stets ruhig und loyal die russische Oberherrlichkeit getragen, rüchloslos vergewaltigt. Und derselbe Zarismus beglückt Europa mit „Friedensmanifesten“!

### Schweiz.

**Bern, 20. März.** (Eig. Ver.) Das Bundesgesetz betreffend das Verbot der Phosphorhändhölzchen ist ohne Volksabstimmung passiert, doch läßt es sich nicht so schnell ausführen. Der Bundesrath hat beschloffen, die einzelnen Bestimmungen folgendermaßen in Kraft zu setzen: betreffend Verbot der Fabrikation von Händhölzchen und Streichkerzen mit gelbem Phosphor am 1. April 1900; betr. Verbot der Einfuhr von Händhölzchen und Streichkerzen mit und von gelbem Phosphor am 1. Juni 1900; betr. Verbot der Einfuhr und Verkaufes von solchen am 1. Januar 1901. Die schredliche Phosphornekrose wird nun bald in der Schweiz zu den überwundenen Verunsicherheiten gehören.

Nach dem Jahresberichte des eidgenössischen Industrie-departements besteht das Personal des Fabrikinspektorats aus 10 Beamten; im vorigen Jahre kam der Ingenieur Soltau in Lausanne neu hinzu. Die Zahl der ausgeführten Revisionen betrug 6413 bei 6726 Etablissements. Das Industrie-departement hatte sich im Vorjahre auch mit der Frage der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren zu beschäftigen. Die Fabrikinspektoren sprachen sich in einem Gutachten dagegen aus.

**Zürich, 20. März.** (Eig. Ver.) Die Kundgebungen gegen die Ausweitung der vier italienischen Sozialisten dauern fort, ebenso ihre Erörterung in der Presse. In der „Berner Tagwacht“ veröffentlichte die 11 sozialdemokratischen Mitglieder des Berner Kantonsrates wie die 25 sozialdemokratischen Mitglieder des Berner Stadtrathes mit ihren Unterschriften einen offenen Brief an den Bundesrath, in dem sie daran erinnern, daß der Artikel des „Sozialista“, wegen dessen Todeschrei ausgewiesen wurde, anstandslos im römischen „Avanti“ abgedruckt worden ist und daß ferner die italienischen Flüchtlinge, welche 1849 vom Kanton Tessin aus einen bewaffneten Einfall in Italien machten und bewaffnet ein österreichisches Dampfschiff weggenommen hatten und endlich 1869 Mazzini und Genossen, welche beschuldigt waren, den Aufstand von Mailand von Lugano aus angezettelt zu haben, nicht ausgewiesen, sondern lediglich internirt worden seien; desgleichen Giuseppe Nathan, der 1870 mit einer Handvoll Flüchtlinge von Lugano aus einen bewaffneten Einfall in Italien gemacht hatte. Das Verlangen selbst geht dahin, den Ausgewiesenen Gelegenheit zu geben, sich zu verantworten und erst dann einen definitiven Entscheid zu geben.

Im Kanton Argau wurde in der gestrigen Volksabstimmung das neue Lehrerbefoldungsgesetz, das den Lehrern schätzenswerthe Gehaltsbesserungen bringt, mit 18 084 gegen 14 180 Stimmen angenommen.

### Frankreich.

**Paris, 21. März.** (Eig. Ver.) Gesetzliche Regelung der Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Arbeiten bezieht sich auf den Arbeiterkommissionen der Kammer festgesetzter Gewerke. Wie jede sozialpolitische Reform, hatte auch dieser Entwurf, der sozialistischen Ursprungs ist, eine jahrelange Schummerzeit in der Kommission durchgemacht. In der neuen Legislatur wurde er vom Genossen Vallant wieder eingebracht. Der Pariser Massenstreik vom Herbst vorigen Jahres, der sich zum Theil um die bezügliche Frage drehte, hat die Kommissionsarbeiten beschleunigt. Der sozialistische Entwurf ist freilich dabei erheblich verbessert worden.

Der Hauptgrund der Reform ist die Verpflichtung der Unternehmer von öffentlichen Arbeiten auf bestimmte Arbeitsbedingungen. Die gesetzliche Einführung dieses Grundgesetzes wurde notwendig, nachdem der Staatsrath (das oberste Verwaltungsgericht) die seit 1882 vom Gemeinderath den Unternehmern auferlegten Verpflichtungen in Bezug auf den Lohn annullirt hatte. Im Einzelnen sollen die Pflichten der Unternehmer die folgenden Bestimmungen enthalten: Lohn- und Arbeitszeit richten sich nach den orts- und gewerbeüblichen Bedingungen, welche letztere durch Uebereinkunft der betreffenden Gewerkschaften und Unternehmer-Organisationen festzusetzen wären, oder wo keine solchen bestehen und wenn keine Uebereinkunft zu Stande kam, durch „gemischte Kommissionen“, die je zur Hälfte aus Unternehmern und Arbeitern bestehen soll. Ferner wird ein Ruhetag in der Woche festgesetzt und die Zahl der ausländischen Arbeiter beschränkt.

Vallant's Entwurf verlangte dagegen die gesetzliche Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und eines Lohnminimums, sowie die Beschränkung der Zahl der ausländischen Arbeiter auf höchstens 10 pCt.

Dieser Tage wurde der Gesetzentwurf der Arbeitskommission in einer gewerkschaftlichen Versammlung der Arbeitsbörse beraten, an welcher der Berichterstatter, der parlamentarische Pierre Vaubin, und mehrere sozialistische Abgeordnete als Redner theilnahmen. Die Versammlung war von der Gewerkschaft der Baumaaler einberufen, die zum Frühjahr einen Generalstreik geplant hatten zwecks Durchsetzung ihrer Forderungen in Bezug auf die öffentlichen Arbeiten. Der Entwurf wurde als eine Abschlagszahlung einstimmig gutgeheißen und das Parlament von der „friedlichen“, d. h. dem Streik abgesehenen Einmüthigkeit der Versammlung versichert — unter der Bedingung des baldigen Zustandekommens der Reform.

Letzteres ist eben der Haken. Die Kammer soll zwar sofort nach Erledigung der so überaus verspäteten Budgetberatung den Gesetzentwurf in Angriff nehmen. Aber der Senat hat die sozialistischen grundsätzliche Gewohnheit, sozialistische Reformen zu verschleppen, mögen sie auch so beschaffen sein, wie die vorliegende.

**Zur Dreifus-Affäre.** Das „Journal“ will wissen, die vereinigten Kammern des Kassationshofes würden in der Revisionsangelegenheit keine neue Untersuchung veranstalten; den Enthaltungen Biquart's würde nur relative, den Enthaltungen Esterhazy's keinerlei Beachtung geschenkt werden. Der Kassationshof werde sich fast ausschließlich mit dem Prozeß aus dem Jahre 1894, mit der Prüfung des Vorderaus und mit der Frage der Gesetzmäßigkeit des Urtheils beschäftigen, außerdem unterfragen, ob das für die Wiederaufnahme des Prozesses notwendige neue Faktum wirklich vorhanden sei.

Die drei Kassationsräthe, welche als nicht einwandfrei den Verhandlungen der vereinigten Kammern nicht beiwohnen sollen, haben folgende Erklärung abgegeben: „Wir glauben uns befugt, an den Verhandlungen der drei vereinigten Kammern theilzunehmen: 1. Weil wir früher unsere Meinung nicht über die Basis dieser Angelegenheit abgegeben haben, da wir sie nicht kannten, und auch nicht über die Unterfragen, die damals noch gar nicht eingeleitet war; 2. glauben wir uns an das Gesetz halten zu müssen, welches formell fordert, daß alle Mitglieder der drei vereinigten Kammern ohne Ausnahme an den Verhandlungen theilnehmen müssen.“

### Italien.

**Zur chinesischen Angelegenheit** veröffentlicht der „Popolo Romano“ ein offizielles Kommuniqué, welches nur einen einzigen neuen Punkt enthält, daß nämlich der mit Vollmachten zu Verhandlungen über Sammin nicht ausgestattete chinesische Vorkämpfer vom gegenseitigen Vortheile einer Gebietsabtretung durchaus überzeugt sei und die Forderung Italiens bei seiner Regierung in Peking loyal unterstützen werde. Dasselbe Blatt publizirt einen energischen Leitartikel gegen die norditalienische Presse, welche gegen die China-Politik Stellung nehme, nachdem die lombardischen Industrielle erst händeringend die Regierung um ihr Eingreifen in die asiatischen Dinge gebeten hätten.

**Der Zustand des Papstes.** Der römische Berichterstatter des „Matin“ versichert, die volle Wahrheit über den Zustand des Papstes sei diese: die Kräfte kehren nicht wieder, Schlaflosigkeit ist häufig, Nahrungsaufnahme gering. Der Papst wohnt der Messe bei, leidet jedoch nicht selbst. Die Empfänger, von denen die Zeitungen berichten, beschränken sich auf eine flüchtige Vorstellung, die der Papst, auf einem Kufelager angeordnet, entgegennimmt.

Gestigt ist Leo XIII. dagegen vollkommen regt. Er möchte gern über alles sprechen, muß sich jedoch wegen Schwäche in seiner Unterhaltung unterbrechen. Die Operationswunde ist noch nicht vollständig geheilt. Allerdings lömte der gegenwärtige Zustand noch lange dauern.

### Spanien.

**Madrid, 22. März.** Eine Anzahl in die Heimath zurückgekehrter Soldaten veranstaltete heute vor der Präfektur Kundgebungen. Der Präfekt empfing eine Abordnung der an der Kundgebung Theilnehmenden und erklärte, er werde keine neue Kundgebungen oder Ansammlungen mehr dulden. Die Gruppe zerstreute sich, ohne daß es zu Unruhen kam.

### Schweden.

**Der Schutz der „Arbeitswilligen“.** Ueber das neue Gesetz gegen die Arbeiterorganisationen, von dem wir berichtet haben, schreibt Axel Raphael-Stodholm in der „Soz. Prolet“:

„Das der Reichstags-Versammlung, wenn er wirklich Gesehede Kraft erhält, von schwerwiegenden Folgen sein wird, braucht nicht in diesen Blättern hervorgehoben werden. Die Arbeiter werden sich als in der Reichsversammlung nicht vertreten und als der vollen Bürgerrechte nicht theilhaft betrachten. Die bisher mancherorts noch befriedigenden, patriarchalischen Verhältnisse werden den Klassenkämpfen geöffnet. Die sozialdemokratischen Säemänner haben in ihrer Arbeit eine treffliche Hilfe bekommen. Und bei alledem wird dem Zusammenschluß der Arbeiter kein Einhalt gethan; er wird nur vorläufiger und mehr insgeheim organisiert werden. Der einzige Gewinn des Gesetzes wird vermehrte Unzufriedenheit und Erbitterung sein.“

Indessen ist mit den Abstimmungen im Reichstage der Antrag noch nicht Geseh. Doch hat er zwei Etappen zu passieren, wobei er wahrscheinlich nicht mit heiler Haut davonkommen wird. Wie jede Gesetzesänderung wird auch dieser Gegenstand dem Gutachten des Reichsgerichts unterbreitet, und es ist kaum zu erwarten, daß sie der unparteiischen Kritik der hervorragendsten schwedischen Rechtsgelehrten Stand halten wird. Würde aber dies auch der Fall sein, so bleibt doch noch eine letzte Auswahl übrig: die Regierung kann ihre Sanktion verweigern. Ihr jetziger Vetter, Herr Wostrom, hat mehr als einmal seinen praktischen Will, seinen kalten Kopf bewährt.“

### Rußland.

**Die hohe Welle der finnische Bewegung,** über die wir bereits mehrfach berichtet haben, gegenwärtig schlägt, das schildert sehr anschaulich ein aus Helsingfors vom 18. März datirter, in der „Bosk. Jtg.“ abgedruckter Brief: Für die Massenadresse an den Jaren, die von der gegen 500 Mann starken Abordnung aus Finland überreicht werden sollte, war in Finland im Laufe von kaum 24 Stunden ein Garantiefonds von 500 000 R. (finnisch) zusammengebracht worden. Da man nämlich glaubte, daß sich der Kaiser zu der Zeit, wo die Adresse zur Ueberreichung fertig sein konnte, an der Riviera befinden würde, hatte man die Absicht, die ganze Abordnung, die meistens aus Landeuten bestand, dorthin zu senden. Wurde ihr die Audienz verweigert, so sollte sie auf einen geeigneteren Zeitpunkt warten. Auf diese Weise konnte also die Meise recht kostspielig werden und daher brachte man eine große Summe zusammen, die an und für sich schon ein Ausdruß dafür ist, in welcher Bewegung sich gegenwärtig das finnische Volk befindet. Die Unterfertigten zu der Adresse trafen selbst aus den entlegensten Theilen Finlands ein, was bei dem Mangel jeglicher Verkehrsmittel und der dünnbesiedelten Bevölkerung nicht wenig zu bejagen hat. Von den zur Sammlung von Unterschriften ausgeschickten Abgeordneten wurde als nördlichster Punkt ein dicht unter dem Polarkreis gelegenes Kirchspiel bejucht. Die Bauern dieses Kirchspiels sandten aber nicht nur Voten an alle Bewohner ihres umgebener ausgedehnten Bezirke, sondern sandten auch einen Schneeschuhläufer zu einem über 20 deutsche Meilen nördlicher, über dem Polarkreis liegenden Kirchspiel, welchen Weg hin und zurück der Schneeschuhläufer in unglaublich kurzer Zeit zurücklegte.

### Äfien.

**Aus China** wird berichtet: Die britischen Marine-Soldaten haben am Mittwoch Peking verlassen; Das deutsche Truppenkontingent hatte sie zum Bahnhof begleitet.

**Yokohama, 22. März.** Hier wird angenommen, daß vor der nächsten Parlamentsession eine Aenderung im japanischen Kabinete nicht eintreten werde. — Einer Meldung aus Seoul zufolge sind alle Minister vom Kaiser von Korea entlassen und zwei verbannt worden; der Vorgang stehe im Zusammenhang mit durchgreifenden Personalveränderungen in den Provinzämtern.

### Amerika.

**Von der Lage der Amerikaner auf den Philippinen.** Die letzten Tage haben Drabberichte aus englischen Quellen gebracht, die bestätigen, daß die Lage des Generals Otis nichts weniger als behaglich ist. Keine zwanzig Kilometer von Manila, bei Marikao, lagert ein starkes Zapalender unter Aguinaldo, auf Hügeln wohlversteckt und im Schutze der Dschungeln; es mit Gewalt zu vertreiben, dürfte die Truppen des Generals Otis zu schwer und zu unerfahren im Kuch- und Stumpfrieg sein, es auszuburgern wäre nur durch eine Umschließung möglich, die durchzuführen schon die Bodenverhältnisse und das Klima verbieten. Uebereinstimmend wird berichtet, daß Aguinaldo die strengste Wachenhaft hält und insbesondere jede Bewegung von Unterwerfungslust erdummungslos straft. Zwölf in Manila wohnende Philippiner, die in Briefen an den General Aguinaldo's zur Unterwerfung riefen, sind von ihm vogelfrei erklärt und der Strafe der Zapalender preisgegeben worden; einen Unterführer, der ihm von Kapitulation zu sprechen wagte, hat er auf der Stelle enthaupten lassen. Auch in No-No geben die Dinge nicht so glatt, wie die Amerikaner nach der unerwartet leichten Einnahme der Hauptstadt gehofft hatten. Im Innern der Insel behaupten sich die Aufständischen. Sorige Woche lieferten sie, wie „New York Herald“ berichtet, den amerikanischen Truppen bei Santa Barbara ein Gefecht, in dem diese zum Rückzuge auf Jaro gezwungen wurden.

**Ein Indianeraufstand** ist in der südamerikanischen Republik **Bolivia** ausgebrochen. Zwei Bataillone sind von Oruro ausgerückt, um den Aufstand niederzuwerfen. Die Regierung hat in Tarija Befestigungen errichtet. — Ferner wird aus Valparaiso gemeldet: Der frühere peruvianische General Caceres ist aus Argentinien in Arica eingetroffen. Er giebt zu, daß er die Absicht habe, einen Streich gegen die derzeitige Regierung von Peru zu führen, sobald ein günstiger Moment dazu gekommen ist.

### Partei-Machrichten.

**Die Bernstein'sche Broschüre** über „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ ist jetzt so ziemlich in der ganzen Parteipresse erwähnt worden; zum Theil hat man die Inhaltsangabe aus dem „Vorwärts“ abgedruckt, zum Theil selbständige Referate darüber gegeben. Die meisten größeren Blätter haben auch erfreulicherweise kritische Besprechungen angehängt.

Nur dem Genossen Kaatzki, dessen Kritik jetzt auch die „Völkische Tagwacht“ übernimmt, hat in der „Schwäbischen Arbeiterzeitung“ Genosse Parvus eine Artikelreihe begonnen zur Kennzeichnung und Kritik des Bernstein'schen Standpunktes. Der Standpunkt des Genossen Parvus ist im Allgemeinen bekannt, wir unterlassen es daher heute, wo erst der erste einleitende Artikel zu dem Gegenstande vorliegt, etwas daraus wiederzugeben, um damit zu warten, bis die ganze Arbeit oder wenigstens mehr davon vorliegt. Für heute nur soviel, daß er Bernstein als einen Abtrünnigen bezeichnet.

Auch die „Schwäbische Tagwacht“ nimmt in der entschiedensten Weise Stellung gegen Bernstein. Sie sagt: „Das Buch Bernstein's ... hat die Optimisten, die in seinem vorjährigen Angriff auf das „Gndziel“ keinen Zweck mit dem Reine

des sozialdemokratischen Programms erblicken wollten — und zu denen auch wir trotz unserer Polemik gehörten — und erwarteten, sein Buch würde die Scharte wieder andeuten, in's Unrecht gesetzt. Ed. Bernstein ist kein Sozialdemokrat mehr. ... Der arme Bernstein ist entgeistert, die Partei aber wird sein Buch nicht zum Entgleiten bringen. Im Gegentheil wird es dazu führen, daß wir das „Endziel“, das durch die Tageskämpfe wie natürlich in den Hintergrund gedrängt worden, wieder stärker als in letzter Zeit betonen.“

Diese Kritik wird auch mehrere Artikel umfassen, deren Inhalt wir registrieren werden, sobald sie vollständig vorliegen. Tagesaktuell führt sich in der Frankfurter „Vollstimme“ Genosse O. sehr wohlwollend und in der Hauptsache zustimmend zu dem Buche. Er sagt: „Sie (die Schrift v. S.) erfüllt die Erwartungen, die wir auf sie gesetzt haben, durchaus. In ruhiger, leidenschaftsloser Sprache werden vom Standpunkte einer gereiften und nach allen Seiten gesicherten Anschauung aus die gegen manches Landläufige, aber auch nur Landläufige „verlorenen“ Auffassungen des Verfassers dargelegt. Wir vermuthen, daß sich nach der Lektüre der Schrift Manche verwundert fragen werden, ob das der Mann ist, der schon von Eiferern aus der Partei gestochen werden sollte. Da es aber eben nur Eiferer waren, die so „energisch“ vorgehen wollten, so mag es eben gehen, wie so oft in ähnlichen Fällen: der Schaden wird auf Seite der Eiferer sein.“

Somit hat die Parteipresse noch weiter keine Urtheile abgegeben. In Versammlungen haben sich bisher nur die Parteigenossen in Bremerhaven mit dem Gegenstande beschäftigt. Genosse Haberlamp erklärte, daß wir aufhören würden, Sozialdemokraten zu sein, wenn das, was Bernstein sagt, zuträfe.

Die schweizerischen Partei-Organisationen planen eine einheitliche Protestbewegung gegen die Italiener-Ausweisungen. Die einheitlichen Schritte sind schon unternommen worden.

Ein neues lokales Partei-Organ in englischer Sprache ist von den Genossen in Kansas City, Missouri, gegründet worden; es führt den Namen „The Wage-Worker“ („Der Lohnarbeiter“).

Totenliste der Partei. Ein alter braver Parteigenosse, seit Bestehen der „Schleswig-Holst. Volksz.“ Expedient derselben, Franz Schneider, ist am Dienstag in Kiel gestorben. Die Schwindsucht hat ihn dahin gerafft. War manchem Parteigenossen in Deutschland ist Franz Schneider bekannt geworden; von Beruf Weber ist er unterm Sozialistengesetz der Leiter der Partei in der Provinz Schleswig-Holstein gewesen und hat in nie verlagener Hingebung für die Agitation und Organisation gewirkt. 1887 war Schneider Delegirter auf dem St. Galler und 1889 auf dem Pariser Kongress. Im Jahre 1890 trat Schneider in die Expedition der neugegründeten „Norddeutschen Volkszeitung“, die er auch zeitweilig als verantwortlicher Redakteur zeichnete; 1893 kam er dann mit Schaffung der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ nach Kiel als Expedient. Nun hat er seine Augen geschlossen, möge ihm die Erde leicht werden.

### Politikales, Gerichtliches u. s. w.

Der Ausschluß der Minderjährigen aus Versammlungen. In Sachen spielt jetzt alle Augenblicke eine Rolle vor den Gerichten. In einer Versammlung in Specktrig bei Tharandt waren die Minderjährigen zum Verlassen des Lokals aufgefordert worden. Einigen minderjährigen Kellnern, die lediglich zur Bedienung der Gäste anwesend waren, hatte der Stuhlauer N. Wustlich gesagt, sie könnten ruhig wieder hineingehen, für die Bedienung gelte das nicht. Dadurch soll er sich eines Vergehens gegen das Vereinsgesetz — Aufforderung zu Ungehorsamkeit — schuldig gemacht haben. Dafür erhielt er von der Amtshauptmannschaft eine Strafverfügung über 20 M. Er beantragte richterliche Entscheidung, erzielte aber nur die Bestätigung der Verfügung.

Eine Hausdurchsuchung wurde am Mittwoch in den Geschäftsräumen der „Vollwacht“ in Breslau vorgenommen, um festzustellen, wer in der Zeit vom 1. bis 10. November verantwortlicher Redakteur des Blattes war. Zu diesem Zwecke wurden Geschäftsbücher durchgesehen. Sodann nahm man einen Band der Zeitung in Beschlag.

Gendarmen, Amtsvorsteher und Gemeindefreier in Ostpreußen sollte Gen. Bruhns in Breslau als früherer verantwortlicher Redakteur der „Vollwacht“ beleidigt haben. Er hatte nach der Königsberger „Volltribüne“ die Verhaftung von Flugblattvertheilern durch die genannten Staatsstufen kritisiert. Trotzdem schon der Redakteur der „Volltribüne“ in Königsberg von derselben Anklage freigesprochen worden war, wurde doch die Anklage gegen Bruhns aufrechterhalten und der Staatsanwalt beantragte sogar einen Monat Gefängnis. Das Landgericht sprach den Genossen Bruhns frei. Es nahm den Wahrheitsbeweis als erbracht an und bezeichnete die fragliche Verhaftung als unangeleglich.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

Die Schneider bei der Firma Gerion, Werderscher Markt (Nachbranche und Tagelöhner), befinden sich seit Montag im Ausstand. Sie bitten ihre Berufscollegen, den Zugzug fernzuhalten.

#### Deutsches Reich.

„Der Steinarbeiter“, das Organ für die Interessen der Steinarbeiter Deutschlands, ermäßigt vom 1. April ab seinen Abonnementspreis. Auch soll außer dieser Verbilligung monatlich eine Beilage, welche sich mit Sozialpolitik befaßt wird, hinzugefügt werden. Das Einzelheft, bei der Post bestellt, kostet für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich, inkl. 15 Pf. Bestellgeld, 80 Pf., durch die Expedition unter Kreuzband bezogen 90 Pf., alle weiteren Exemplare, d. h. von zwei ab und mehr, das Exemplar 60 Pf., unter Hinwegfallen der Freigepost.

An die örtlichen Gewerkschaftskartelle. Es sind wiederholt von den Vorständen einiger Zentralverbände Klagen darüber geführt, daß von den Gewerkschaftskartellen dem Gesetzen, bei der Agitation Hilfe zu leisten, nicht Folge gegeben worden ist. Es muß als eine der wichtigsten Aufgaben der Kartelle betrachtet werden, die nicht-organisirten Arbeiter zu den Gewerkschaften heranzuziehen. Wenn schon die Aufgabe erfüllt werden sollte, ohne daß es einer Aufforderung von außerhalb bedarf, so sollte doch dann, wenn von einer Gewerkschaft das Ersuchen um Unterstützung bei der Agitation an die Kartelle ergeht, gern und mit besten Kräften Folge gegeben werden. Die Kartelle würden sich hierdurch das größte Verdienst erwerben und eine so umfangreiche Thätigkeit erhalten, daß sie nach neuen Aufgaben nicht zu suchen brauchen.

#### Die Generalkommission.

Die Lohnbewegung der Schneider. In Weimar haben die Schneider einen sehr günstigen Abschluß ihrer Lohnbewegung zu verzeichnen. Anfanglich sträubten sich die Meister mit der Lohnkommission zu verhandeln, jedoch besannen sie sich kurz vor Ablauf der Kündigungsfrist eines Besseren und gaben schließlich mit einigen unwesentlichen Änderungen dem Verlangen der Arbeiter nach.

In München hat die Firma Bach bewilligt. Die Lohn-erhöhung beträgt hier bei einigen Artikeln bis zu 40 Prozent. Abnehmend verhielten sich die Firmen: Knappe, Seidl u. Sohn und Union.

In Erlangen ist der erste Tarif von den in Betracht kommenden Gewerkschaften anerkannt. Mit den Gewerkschaften, die den zweiten Tarif noch nicht bewilligt haben, wird sich die Lohnkommission weiter beschäftigen.

Die Tapezierer in Dresden haben mit der Zunung eine Vereinbarung getroffen, wonach die bisher 10stündige Arbeitszeit auf eine 9stündige verkürzt wird. Bei den wenigen Meistern, die diese Forderung nicht anerkennen, soll gestreikt werden.

Der Brauerstreik in Frankfurt a. M. scheint unvermeidlich. Die von dem Vorsitzenden des Brauerverbandes und dem Arbeitersekretär Gräf unternommenen Schritte, eine Verständigung mit den Unternehmern anzubahnen, blieben erfolglos. Die Brauer-

besten lehnten jede Vermittelung ab und stützten sich auf ihre Ringbildung. Am Mittwoch Vormittag hatten bereits 100 Arbeiter der Brauerei Henninger die Arbeit niedergelegt.

Die Former der Firma Wolff u. Comp. in Heilbronn, 18 Mann, haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt.

### Ausland.

In Madrid befinden sich 3000 Drahtschleifer im Streik. Sie verlangen bei einer 15stündigen Arbeitszeit 2,40 M. Lohn.

In dem Kampf der schwedischen Arbeitgeber gegen die Fachorganisationen ist nun ein neuer Plan ausgedacht worden: man will einen „Verband religiöser Arbeiter“ begründen, der, wie es heißt, nicht die alten Verbände belämpfen soll, aber auch nicht mit der sozialdemokratischen Partei in Verbindung tritt. Auch in Dänemark wurde vor kurzem ein ähnlicher Versuch angestellt, man hatte sogar in Kopenhagen eine große Versammlung „christlicher“ Arbeiter berufen, aber die christlichen Arbeiter protestirten nur, sie wollten in ihren alten Fachvereinen bleiben.

### Soziales.

Im Zeichen des Gerichtsvollziehers. Einen recht interessanten amtlichen Nachweis über die Nothlage, in der sich viele Tausende befinden, erbringt die großherzoglich heffische Zentralstelle für Statistik. Es sollten im Rechnungsjahre 1896/97 im Großherzogthum Hessen insgesamt für 2 606 821 Posten 9 836 726 M. direkte Steuern gezahlt werden. Zum Fälligkeitstermin waren aber 21 781 Posten mit dem Gesamtsummebetrag von 1 385 652 M. noch nicht bezahlt. Das verurtheilt schon für Mahngeld 23 906 M. Kosten. Aber auch nach der Mahnung waren viele nicht in der Lage, zahlen zu können, so daß Pfändungsbefehle zugestellt werden mußten für 108 888 rückständige Steuerposten im Betrage von 648 976 M. Zur Pfändung kam es bei 107 504 Steuerposten mit einer Gesamtsumme von 461 142 M. Ohne Verkauf der Pfänder wurden dann bezahlt 339 060 M., das verurtheilt trotz alledem 25 890 M. Kosten. Durch Beschlagnahmen wurden gedeckt 18 926 M., Kostenpunkt 4915 M. Durch Verkauf der Pfänder wurden eingebracht 6085 M., Kosten 1359 M. Als „uneinbringlich“ wurden 56 035 M. gerichtlich, wegen „Mangel an Pfändern (Armut)“ mußte der Gerichtsvollzieher 5517 Steuerposten mit einer Gesamtsumme von 29 750 M. fahren lassen.

Das Reich, welches bekanntlich keine direkten Steuern erhebt, kam froh sein, daß die Zahlung der indirekten Steuern auf Grund der Mahnungen erfolgt, welche jener Gerichtsvollzieher erläßt, den jeder in eigenen Wagen hat: den Hunger.

Die direkten Steuern kann man wenigstens schuldig bleiben — die indirekten nicht.

Arbeiter-Risiko. Auf dem Dache eines Villen-Neubaus in Warmen waren mehrere Dachbeder beschäftigt. Plötzlich löste sich der Dachstuhl, an welchem das Siebrett befestigt war. Infolge dessen stürzten zwei Gesellen herab. Während einer von ihnen zwischen dem Dach und dem Schornstein hängen blieb und nur eine schwere Hautverletzung an einer Hand davontrug, stürzte der andere in die Tiefe, wo er schwer verletzt liegen blieb. Außer einigen äußeren Verletzungen hatte er auch schwere innere Verletzungen davongetragen und mußte mittels Krankenwagens dem städtischen Krankenhaus zugeführt werden. Er ist während der Operation gestorben.

Auf einer Feste bei Langendreez gerieth der Bergmann Seidel unter hereinbrechende Kohlen und Gesteinsmassen. Dabei erlitt derselbe so schwere Verletzungen, besonders im Rücken, daß er nach Anlage eines Rothverbandes per Krankenwagen ins „Bergmannsheil“ nach Bochum transportirt werden mußte, wofür er hoffnungslos darniederliegt.

### Gerichts-Beitrag.

Ein Familiendrama, wie es tragischer kaum vorgekommen sein dürfte, wurde in einer Verhandlung entrollt, welche gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hoppe stattfand. Aus dem Juchthaus zu Brandenburg wurde der Arbeiter Gustav Wobser vorgeführt. Er soll infolge falscher Zeugenaussagen zu Unrecht verurtheilt worden sein. Der Angeklagte hat keine vorwurfsfreie Vergangenheit aufzuweisen, er ist bereits viermal wegen Kuppelrei bestraft. Seine Ehe ist eine höchst unglückliche gewesen. Wobser stand im Herbst 1896 unter der Anklage vor Gericht, seine Ehefrau derart mißhandelt zu haben, daß der bald darauf eingetretene Tod die Folge davon gewesen ist. Als Hauptbelastungszeuge trat die Schwester seiner verstorbenen Frau, die verheiratete Selinski, gegen ihn auf. Wobser konnte der That aber nicht überführt werden, er wurde freigesprochen. Einige Monate später trat die Selinski mit einer neuen, nicht minder schweren Beschuldigung gegen Wobser auf. Sie behauptete, daß derselbe mit seinen eigenen zehn- bzw. zwölfjährigen Kindern Hedwig und Elise Unzucht getrieben und sie in schamloser Weise gemißbraucht habe. Wobser wurde in Haft genommen. Am 10. April 1897 wurde gegen ihn verhandelt. Nicht nur seine beiden Töchter, sondern auch sein damals 11-jähriger Sohn Ewald gaben so bestimmte belastende Aussagen ab, daß Wobser verurtheilt werden mußte. Das Gericht verurtheilte ihn zu 5 Jahren Zuchthaus und 10-jährigem Ehrverlust. Die beiden Mädchen Wobser's wurden im St. Anna-Stift untergebracht, während der Knabe Ewald Wobser einer katholischen Erziehungsanstalt überwiesen wurde.

Im Anfange dieses Jahres wurde dem Vertheidiger, Rechtsanwalt Modler, die Nachricht, daß die Kinder Wobser's sich freiwillig zu einem Geständnisse herbeigelassen hätten, wonach sie ihren Vater wider besseres Wissen beschuldigt hätten. Ihre Tante, die Frau Selinski, hätte sie beeinflusst und ihnen eingepreßt, was sie vor Gericht auszusagen sollten. Die Mittheilung erwies sich als wahr, der Vertheidiger stellte mit Erfolg den Antrag, das Wiederanfrage-Verfahren zu eröffnen. So wurde gestern zum zweiten Male verhandelt. Der Angeklagte wiederholte nach wie vor, daß er unschuldig sei, er sei das Opfer der Rachsucht seiner Schwägerin Selinski geworden. — Die Selinski wurde zuerst als Zeugin vernommen. Sie blieb wie in der früheren Verhandlung unverändert. Mit Entschiedenheit wies sie die Beschuldigung, daß sie die Kinder zu der falschen Aussage angestiftet habe, zurück. Die Mädchen hätten aus eigenem Antriebe erzählt, was der Vater mit ihnen vorgenommen habe.

Die Vernehmung der drei Kinder bereitete dem Vorsitzenden große Schwierigkeiten. Sie waren gedrückt und befangen und kaum zum Reden zu bewegen. Uebereinstimmend erklärten sie aber, daß sie in der früheren Verhandlung gelogen hätten. Ihr Vater habe niemals dergleichen Handlungen vorgenommen, wie sie früher angegeben hätten. Die Tante habe ihnen so lange vorgesprochen, was sie vor Gericht auszusagen hätten, bis sie es unwidrig gewußt hätten.

Zeugin Klinske, die als Hilfschwester im St. Anna-Stift angestellt ist, bekundete, daß es ihr aufgefallen sei, daß Hedwig und Elise Wobser stets sehr unruhig waren, wenn sie von einem Besuche bei ihrer Tante Selinski zurückkehrten. Nach einer solchen Rückkehrselbst habe Hedwig Wobser der Zeugin dann gestanden, daß sie ihren Vater zu Unrecht beschuldigt habe. Als die Zeugin dann auch das ältere Kind befragte, habe dieses, anfangs zögernd, dann unbedenklich, zugegeben, daß sie in gleicher Weise gelehrt habe, wie ihre jüngere Schwester.

Auch der Lehrer des Knaben bekundete, daß dessen Bekundnis aus eigenem Antriebe erfolgt sei.

Die Zeugin Selinski wurde während der Verhandlung von Krämpfen befallen.

Staatsanwalt Keller hielt die Zeugin Selinski keineswegs für unglaubwürdig, jedenfalls sei sie von der Strafthat des Angeklagten überzeugt gewesen. Der Staatsanwalt kam zu dem Ergebniss, daß das erste Urtheil aufrecht zu halten sei.

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Modler, wies darauf hin, daß es doch ganz natürlich sei, daß sich in den früher fittlich verwohnten Kindern das Gewissen erregt habe, als die Segnungen einer liebevollen Erziehung in dem St. Anna-Stift Einfluß auf sie gewonnen. Er sei fest davon überzeugt, daß die Kinder heute die Wahrheit gesagt hätten, und er hoffe, daß der Gerichtshof diese Ueberzeugung theilen und den Angeklagten freisprechen werde.

Der Gerichtshof hob das frühere Urtheil auf und sprach den Angeklagten frei. Der Gerichtshof sei nicht in der Lage zu entscheiden, ob die Kinder heute die Wahrheit gesagt hätten oder nicht, diese Frage müsse ebenso als unauflöslich bleiben, wie diejenige, ob die Frau Selinski die Kinder beeinflusst habe oder nicht. Es sei deshalb auf ein „non liquet“ erkannt worden, woraus folge, daß dem Angeklagten Entschädigungsansprüche nicht zuständen.

Eine Schreiberin anonymer Schmähbriefe hatte sich am Mittwoch vor der Strafkammer des Potsdamer Landgerichts in der Person der 21-jährigen Modistin Margarethe Willert zu verantworten. Die Angeklagte, die in den Kreisen der Potsdamer Lebenswelt nicht unbekannt ist, ist die Tochter eines verstorbenen Proviantamtwächters. Die Angeklagte hatte nun zur Abwechslung einmal ihr Herz an den Brigadefähndler der 4. Garde-Kavallerie-Brigade Sergeant Jahnkow vom 2. Garde-Musik-Regiment verloren; sie glaubte, er würde sie heirathen, während Jahnkow versichert, daß er von vornherein der Angeklagten gefügt habe, er könne nur ein verarmendes Mädchen heirathen. Jahnkow faßte das Verhältniß nur als ein platonisches Freundschaftsverhältniß (!) auf. Als nun dasselbe 1898 gelöst wurde, erhielt Jahnkow sowohl wie dessen Bekannte sogleich anonyme Schmähbriefe und Postkarten meist recht gemeinen Inhalts. Auch Waaren, die er gar nicht bestellt hatte, gingen ihm zu. So erhielten er eines Tages zwei Eimer Eis zugeschickt auf Grund einer mit seinem Namen gefälschten Bestellkarte. Eines Tages erschien in der Kaserne eine Frau und überbrachte ihm ein Kind, das er angeblich in Pflege nehmen wollte, wozu er sich auf Grund eines Inzerats gemeldet hatte. Der Knabe wurde durch einen Zufall in der Person der Angeklagten entdeckt. Sie erhielt 1 Monat Gefängnis und 50 M. Geldstrafe.

Ein bedauernswerthes Opfer des Briefmarken-Sammelworts stand gestern in der Person des früheren Postkassiers Wilhelm W. von der 9. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war beim Hauptpostamt angestellt. Eines Tages will er im Papierkorb einen Brief aus Amerika gefunden haben, welcher den Vermerk „Unbestellbar“ trug, weil der Adressat nicht aufzufinden war. Der Brief mußte nach Ansicht des Angeklagten aus dem Blind-unbestellbaren Briefe herausgefallen und aus Versehen in den Papierkorb geworfen sein. Der Angeklagte nahm den Brief an sich, löste die Freimarke ab und vernichtete den Brief. Mit der Marke wollte er seinem Sohne, einem eifrigen Briefmarkensammler, eine Freude machen. Die That wurde entdeckt, der im Dienste ergrante Beamte wurde entlassen und erhielt eine Anklage wegen Unterschlagung im Amte. Der Staatsanwalt verklagte nicht, daß die geringste Strafe, welche für das in Rede stehende Vergehen angebracht werde, im vorliegenden Falle sehr hart sei, aber es müsse auf drei Monate Gefängnis erkannt werden. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, hob hervor, daß geradezu barbarische Folgen die That für den Angeklagten gehabt habe. Stellung, Pension, Ehre und Freiheit verloren und Alles wegen einer einzigen, fast werthlosen Freimarke! Er meine nicht, daß der Angeklagte in amtlicher Eigenschaft gehandelt habe und daß deshalb nur einfacher Diebstahl vorläge, der mit einem Tage Gefängnis bestraft werden könne. Er bitte den Gerichtshof, in diesem Sinne zu erkennen. Der Gerichtshof konnte sich den rechtlichen Ausführungen des Vertheidigers nicht anschließen, sondern mußte nach dem Antrage des Staatsanwalts erkennen.

### Die Dresdener Verurtheilten und die Partei.

In unserer zuletzt veröffentlichten Zusammenstellung: „Unterm neuesten Kurs“ wird von einigen Parteiblättern die Aufführung des Löblau-Dresdener Urtheils vernichtet. Die Nichtaufführung dieses Urtheils ist nicht die Folge eines Vergehens, wie ein Parteiblatt annimmt, sondern entspricht einem Vorstandsbeschlusse.

Als seinerzeit die Rubrik: „Unterm neuesten Kurs“ eingerichtet wurde, geschah es zu dem Zwecke, um „alle im Zusammenhang mit unserer Parteibewegung erfolgten Verurtheilungen und Verfolgungen zu registrieren.“

So wenig nun der Parteivorstand auch nur einen Augenblick darüber im Zweifel war, daß die in dem Urtheil ausgesprochenen fürchterlichen hohen Strafen nur in den besonders in Sachen auf die Spitze getriebenen Massenverurtheilten ihre Erklärung finden konnten, so steht doch andererseits auch fest, daß die so auffallend hart geahndete Strafthat nicht in dem geringsten direkten Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Parteibewegung steht.

Unsere Gegner, die Scharfmacher, bemühen sich freilich mit allen Mitteln, den Glauben zu erwecken, als sei der Löblauer Kravall eine notwendige Folge-Ercheinung der sozialdemokratischen Agitation. Für diese planmäßige Fälschung der öffentlichen Meinung unserer gütigsten Segner einen willkommenen Vorwand zu bieten, dazu hatten wir gewiß keinen Anlaß.

Der Parteivorstand war von der ersten Stunde an entschlossen, als die Nachricht über das dramatische Urtheil eintraf, alles Mögliche zu thun, um das Loos der armen Opfer und ihrer Angehörigen zu mildern. Der glänzende Verlauf der auf Anregung des Parteivorstandes erfolgten Sammlung für die Angehörigen der Verurtheilten, sowie die Behandlung des Falles durch unsere Presse und die Vertreter der Partei im Parlamente und in den Versammlungen können überall, wo proletarische Herzen schlagen, nur Bewunderung hervorrufen.

So sehr wir aber die Pflicht anerkannten, uns der unglücklichen Opfer anzunehmen, so wenig sind wir geneigt, die Strafthat zu beschönigen oder gar als mit der Parteibewegung zusammenhängend erscheinen lassen zu wollen.

Berlin, 23. März 1899.

Der Parteivorstand.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Halle a. S., 23. März. (B. G.) Der „General-Anzeiger“ veröffentlicht eine Erklärung der medizinischen Fakultät der Universität Halle, wonach dieselbe sich veranlaßt sieht, infolge des an der Berliner Universität angehängenen Anrufes der Ministerkassette von Halle a. S., welcher sich gegen die Insaufnahme von Frauen zum gemeinsamen medizinischen Studium richtet, ihre Mißbilligung auszusprechen.

Paris, 23. März. (B. L. V.) Die Deputiertenkammer bewilligte zwei weitere provisorische Budget-Zusätze.

Rom, 23. März. (B. L. V.) Die Kammer beschließt sich bis zum 25. April zu vertagen. Garibaldi spricht den Wunsch aus, man möge noch vor der Vertagung die Interpellationen über die chinesische Angelegenheit erledigen. Ministerpräsident Pellouz erklärt, die Regierung übernehme alle Verantwortung für die Verhandlungen; die Interpellationen über die chinesische Angelegenheit seien bereits auf die Tagesordnung des ersten Montags nach den Ferien gesetzt. Garibaldi schlägt darauf vor, über die Interpellationen bereits am 25. April zu verhandeln. Nach lebhafter Debatte beantragt die äußerste Linke namentliche Abstimmung über den Antrag Garibaldi.

Konstantinopel, 23. März. (B. L. V.) Vorgestern sind in Djeddah 4 Personen an der Pest gestorben.

Herrenhaus.

7. Sitzung vom 23. März.

Am Ministerische: Fürst zu Hohenlohe, Dr. v. Miquel, Hr. v. d. Rode, Hr. v. Hammerstein, Schönstedt.

Auf der Tagesordnung steht die Staatsberatung. Die Finanzkommission beantragt, die Zustimmung zu erteilen, und schlägt folgende Resolution vor: „Indem das Haus die im Etat enthaltenen Gehaltserhöhungen (der Beamten) billigt, erklärt es zugleich, daß es in denselben den Abstieg dieser Bewegung sieht und die königliche Staatsregierung ersucht, weitergehenden agitatorischen Bestrebungen entgegenzutreten.“

Es ergreift sodann in der allgemeinen Erörterung das Wort Graf Mirbach:

Er bedauere nicht, daß er im Reichstage so scharf gegen das gch. me Wahlrecht aufgetreten sei, nachdem der Reichstag die Ehre für den Fürst zu Bismarck abgelehnt habe. Er habe dem Fürsten keine Ansichten nicht ausführlich vorgetragen aus Scheu, ihn zu verletzen. Um so mehr freue es ihn, in den Erinnerungen des Fürsten eine Stelle zu finden, die durchaus mit seinen Ansichten übereinstimme. Redner verliest die Stelle und fährt fort: Das geheime allgemeine Wahlrecht ist die einzige Stütze und der beste Nährboden für die Sozialdemokratie. Offentlich würden die Sozialdemokraten nicht hervortreten. Nämlich man ihnen die Möglichkeit der Agitation in Versammlungen, dann würde man auch ihre Organisation zerstören. Aber eine politische Partei kann die Initiative nicht ergreifen, das muß die Regierung thun, sie trägt allein die Verantwortung.

Graf v. Kintowström:

Ich möchte nur den Wunsch diesen Ausführungen hinzufügen, daß die Verhandlungen im Reichstage über das todgeborene Kind des Herrn Richter im ganzen Lande bekannt werden möchten. Da konnte man deutlich hören, wie es nicht demoralisierendes im öffentlichen Leben gibt, als dieses allgemeine geheime Wahlrecht. Das kommt man an den Vortwürfen der einzelnen Parteien gegeneinander erkennen. Allerdings ist die Abänderung des Wahlrechts im Reich die Sache der verbündeten Regierungen, aber ich meine auch, die Ereignisse werden die Frucht allmählig reifen lassen; sie wird reif herabfallen. Die Sozialdemokraten haben seit 1893 ihre Angriffe auf das Land gerichtet. Die Wälder auf das Land ist aber völlig abgeklungen worden. Allerdings haben die Sozialdemokraten an Stimmen gewonnen, aber die Behauptung ist falsch, daß dieser Zuwachs nur auf Kosten der Konservativen erfolgt sei. Auch die Freisinnigen haben Stimmen verloren. Das beweisen die Zahlen in Ostpreußen. Die Sozialdemokraten verdanken ihre Erfolge nur den maßlosen Hegerien in den Flugblättern und in dem sozialdemokratischen Kalender „Der Landbote“. Redner verliest verschiedene Stellen. Da muß man doch fragen, wenn derartige Dinge unbeanstandet verbreitet werden dürfen: Was es Richter, was es Polizei, was es Staatsanwalt zu jener Zeit, da dies verbreitet worden ist? Diese Schriftstücke werden in den großen Städten gedruckt. Die Polizei hat also doch die Pflicht, solche Dinge vorher zu lesen. Die Staatsanwälte leiden unter der Ansicht, daß ein Antrag, der vom Gericht abgewiesen wird, für sie eine Blamage sei; das ist falsch. Es müßte durch eine generelle Instruktion den Staatsanwälten klar gemacht werden, daß sie die Pflicht haben, in jedem Fall und unter allen Umständen einzuschreiten. Auch die Richter müßten durch eine generelle Instruktion darüber belehrt werden, daß es sich bei den sozialdemokratischen Schriftstücken nicht um Freisprecher, sondern um Aufreizung zu Missethaten und um hochverräterische Umtriebe handelt. Den Beamten muß klar gemacht werden, daß sie mit dem Anschluß an die Sozialdemokratie den Eid verletzen, den sie dem König geschworen haben, und ferner nicht Beamte bleiben können. In Ehrenämtern sind Sozialdemokraten unter keinen Umständen zuzulassen, das Staatszeichen muß ihnen auf die Stirn gedrückt werden. Die Geistlichen glauben, ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie von der Kanzel steigen! O nein! Ihre Hauptpflicht liegt in der Seelsorge! Die Geistlichen müssen von dem Irrthum geheilt werden, daß die sozialdemokratische Partei gleichberechtigt mit anderen ist. Auch die Lehrer müssen die herangewachsene Jugend darüber aufklären. Die Zeit ist vorüber, wo man meinen konnte, es sei besser, nicht davon zu reden. Die Leute müssen aufgeklärt werden. Wir müssen aber unsere Arbeiter nicht bloß als Inventar betrachten, sondern auch als Menschen behandeln und für ihr Bestes sorgen. Wir haben ferner darin gefehlt, nicht dafür gesorgt zu haben, daß die Arbeiter gute christliche und unterhaltende Lektüre haben. Die Sozialdemokraten versorgen ihre Leute reichlich mit agitatorischen Schriften. Auf diesem Gebiete muß zielbewußt gearbeitet werden. Ich persönlich bin auch der Ansicht, daß die Gesetzgebung mit einem scharfen Sozialistengesetz und zu Hilfe kommen sollte. Wie die Dinge liegen, ist darauf ja zur Zeit nicht zu rechnen; aber man begreift es im Lande nicht, daß man die bürgerlichen Parteien in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie so im Stiche läßt. Sollte es einmal zu einem Konflikt zwischen Reichstag und verbündeten Regierungen kommen, so würde unter den bürgerlichen Parteien nur eine Parole Aussicht auf Erfolg haben, das ist die: Auf zum Kampf gegen den Umsturz! (Lebhafte Weisfall.)

Justizminister Schönstedt:

Es würde die Regierung freuen, wenn die Schlussworte des Grafen Kintowström, die als Appell an die Regierung gedacht sind, von den bürgerlichen Parteien beherzigt würden. Auf den Vorwurf, den der Herr Graf gegen den Stand der Richter und Staatsanwälte erhoben hat, kann ich nicht antworten, da keine Einzelfälle vorgebracht worden sind. Der Herr Graf hat ja auch selbst gesagt, daß schärfere Gesetze notwendig sind. Ein Verzicht, den wir vor wenigen Jahren in dieser Richtung gemacht haben, ist vom Reichstag abgelehnt worden. Die Flugblätter der Sozialdemokraten sind sehr vorsichtig abgefaßt, jedoch man sie schwer fassen kann. Aber die Staatsanwaltschaft in Königsberg geht sehr scharf vor, so ist die dortige „Volkstribüne“ in den letzten Monaten vier oder fünf Mal bestraft worden. Daß die Staatsanwälte sich vor Stellung des Antrages fragen, ob derselbe nicht infolge früherer Gerichtsentscheidungen abgelehnt wird, ist selbstverständlich. Daher muß ich es durchaus ablehnen, eine generelle Instruktion an die Staatsanwälte zu erteilen, die ihnen ein Einschreiten in allen Fällen zur Pflicht macht. Noch weniger aber kann ich zusagen, eine allgemeine Anweisung an die Gerichte ergehen zu lassen. Ich glaube nicht, daß Sie, im Widerspruch mit den bestehenden Gesetzen, mich werden auffordern wollen, den Gerichten bestimmte Anweisungen für die Rechtsprechung zu geben. Im Allgemeinen bin ich, wie gesagt, mit dem Herrn Grafen Kintowström durchaus einverstanden.

Minister des Innern Hr. v. d. Rode:

Auch ich kann mich mit einem großen Theile der Ausführungen des Herrn Grafen Kintowström einverstanden erklären. (Bravo!) Ich bin in meinen Anweisungen an die Behörden bis an die äußerste Grenze des Erlaubten gegangen (Bravo!); aber dahin, die Einsetzung von Sozialdemokraten in städtische Ehrenämter zu verhindern, reichen meine Befugnisse nicht. Ich kann das wohl bedauern und beklagen es auch, aber ich kann dagegen nichts thun. Nach Lage der Gesetzgebung ist auch nichts gegen die Flugblätter und Freisprecher zu unternehmen. Es ist ja bekannt, mit welcher geradezu infernalischen Geschicklichkeit die Sozialdemokraten ihre Flugblätter abfassen.

Ich kann also nur ausdrücklich feststellen, daß die Behörden es in keinem Punkte an der nöthigen Pflichterfüllung haben fehlen lassen. (Weisfall.)

Graf v. Kintowström:

Der Justizminister hält es für unmöglich, Instruktionen an die Richter zu geben. Aber die Gesetze sind unter anderen Voraussetzungen gegeben und lassen soviel Spielraum, daß man ihre schärfere Anwendung wohl empfehlen kann.

Oberbürgermeister Dr. Giese-Altona

stimmt zwar in der Schilderung über die Gefährlichkeit der sozialdemokratischen Agitation mit dem Grafen Kintowström überein, kann aber dessen Vorschläge bezüglich der Bekämpfung derselben nicht billigen.

Damit schließt die Generaldebatte. Mehrere Spezialentscheidungen werden genehmigt und die obige Resolution angenommen.

Weiterberatung Freitag 11 Uhr.

Bauwesen und Kultur.

Die Schilderungen der Bauarbeiter und die Forderungen, die sie auf ihrem Kongresse erhoben haben, enthalten der Öffentlichkeit Zustände, die eine geradezu entsetzliche Rücksichtslosigkeit der Unternehmer gegenüber dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter sowohl als auch eine klaffende Lücke in unserer sonst so viel belobten Kultur bedeuten. Da jetzt man über die Rohheit der Arbeiter und hunderttausende von Arbeitern ist auf ihren Arbeitsplätzen keine Gelegenheit geboten, in anständiger Weise ihre Nothdurft zu befriedigen, selbst Frauen werden in die Zwangslage versetzt, gegen die einfachsten Schambegriffe zu verstoßen, weil es einem gierigen Spekulantenthum zu kostspielig erscheint, geeignete Bedürfnisanstalten zu errichten. Hunderttausende von Arbeitern haben auf ihren Arbeitsplätzen keinerlei Unterkunftsräume, in denen sie ihre Nothdurft einnehmen können, wo sie sich dem Schmutz der Arbeit reinigen, wo sie Kleider wechseln könnten. Und zwar Arbeiter, die nicht in geschlossenen Räumen, sondern meist unter freiem Himmel, an der öffentlichen Straße arbeiten, den Winden aller Vorübergehenden ausgesetzt. Unter den Augen des Publikums möchten sie die intimsten Verrichtungen über — wäre es zu verwundern, wenn solche Arbeiter roh würden und sich der Scham entschließen? Daß sie seit langer Zeit energische Anstrengungen machen zur Beseitigung dieser jämmerlich rohen Zustände, daß sie sich schließlich auf einem imposanten Kongresse aus ganz Deutschland zusammengesunden haben, um das Eingreifen der Gesetzgebung zu fordern, das beweist, daß sie in ihrer Majestät keineswegs roh sind, daß sie sich im Gegentheil der inmitten unserer sonst so feinen Kultur empörenden Unkultur dieses Zustandes sehr wohl bewußt sind und aus ihm herauszutreten. Roh sind dagegen diejenigen, die um des Profits willen den Arbeitern diese allereinfachsten, allersebstverständlichsten Kultur-einrichtungen vorenthalten. Da zeigt man auf Anstellungen seit langem musterhaft eingerichtete Bauwerke, aber man könnte einen Preis aussetzen für den Bau, der eine musterhaft eingerichtete Arbeiter-Wohnung aufzuweisen hätte — Staats- und Gemeindegeldern nicht ausgenommen — man würde seinen Preis nicht los.

So auch mit den Schutzeinrichtungen gegen Betriebsunfälle. Man kann getheilter Meinung darüber sein, ob es notwendig ist und ob den Bauarbeitern damit gedient ist, gefällige oder polizeiliche Schutzvorschriften von solcher breiipürigen Ausführlichkeit zu erlassen, daß selbst die Stärke und Länge der Schrauben und Nägel vorgeschrieben wird, die zur Befestigung dienen; aber daß überhaupt die Beschäftigten das Bedürfnis nach solchen Vorschriften empfinden, das beweist, mit welcher brutalen Rücksichtslosigkeit der moderne Kapitalismus mit Leben und Gesundheit der Arbeiter umspringt, wie roh in dieser Richtung die kapitalistische Kultur bei uns ist.

Es erscheint so natürlich, so selbstverständlich, daß Rollen und Dreier, auf denen Menschen hoch in den Lüften arbeiten und Lasten transportieren, auch in solcher Stärke verwendet, so gut und dauerhaft beschützt werden, wie es die Erfahrung des Sachmannes erfordert, um die Menschen vor besonderen Gefahren zu schützen, auch ohne besondere Polizeivorschriften. Dennoch geschieht es nicht. Von dieser Seite betrachtet, sieht man auch, wie kulturwidrig, wie barbarisch die Unterdrückung der Arbeiterkoalitionen ist, welche hohe Kulturthat es dagegen wäre, den Arbeitervereinigungen die vollkommenste Aktionsfreiheit zu gewähren. Starke Gewerkschaften, die sich ungehindert von der Staatsmacht behütigen dürften, würden die Mehrzahl dieser subtilen Polizeivorschriften, wie sie gefordert worden sind, überflüssig machen, denn die Arbeiter würden es dann durch die Macht ihrer Koalitionen selber erzwingen, daß diese selbstverständlichen Regeln der Kunst beobachtet würden, sie würden es sich nicht gefallen lassen, daß ihr Leben leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Käme dazu eine Rechtsprechung, die nicht darnach fragt, ob der Nagel einen Millimeter länger war, wie er nach der Polizeivorschrift sein sollte, sondern einfach jeden leistungsfähigen Unternehmer für Leben und Gesundheit der Arbeiter verantwortlich machte, dann allein wären die Arbeiter so geschützt, wie es nach der Natur des Berufes überhaupt möglich wäre.

Dreizehnte Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer Deutschlands.

In der am Donnerstag Vormittag abgehaltenen Sitzung wurden zunächst einige Beschlüsse über Verbandsangelegenheiten nach den Anträgen einer Kommission, die gestern zu diesem Zweck eingesetzt worden ist, erledigt. Dann folgte die Beratung über den fünften Punkt der Tagesordnung: „Unsere Lohnbewegung“. Der Referent Schrader-Hamburg macht dazu etwa folgende Ausführungen: Wir müssen betonen, unsere Lohnbewegungen in Zukunft aus eigenen Mitteln zu unterstützen. Wenn wir uns auf Sammlungen unter den Angehörigen anderer Berufe verlassen, so halten sich diese für berechtigt, in unserer Bewegung ein großes Wort mitzusprechen, was nicht gerade im Interesse unserer Bewegung liegen kann. In den letzten beiden Jahren haben wir ja, wie aus der Abrechnung hervorgeht, den allergrößten Theil der Streikgelder aus unsern eigenen Mitteln besprochen; es kann also nicht schwer sein, daß wir auch den kleinen Rest künftig noch selber aufbringen. Es ist nicht ratsam, wenn Zahlstellen, die über einen örtlichen Fonds verfügen, schon vom Beginn des Streiks an Unterstützung zahlen, auch müßten nicht die arbeitenden, sondern die streikenden Arbeiter in erster Linie über die Fortsetzung oder Beendigung des Streiks entscheiden. Ferner müßten, wenn ein Streik geplant wird, die örtlichen Verhältnisse und die geschäftliche Konjunktur berücksichtigt werden, aber nicht ohne Rücksicht auf diese der Streik für einen lange vorher festgesetzten Tag proklamiert werden. Wenn ein Streik ausichtslos geworden ist, dann solle man sich auch nicht scheuen, denselben für beendet zu erklären. Am 15. März hat sich hier ein Bund der Arbeitgeber des Baugewerbes für ganz Deutschland konstituiert. Wenn auch nicht zu fürchten ist, daß derselbe die Lohnbewegung der Arbeiter Lohn zu legen im Stande ist, so müssen wir doch mit ihm rechnen und sein ferneres Vorgehen im Auge behalten. Es muß versucht werden, dem Hauptvorstande so viele Geldmittel zur Verfügung zu stellen, daß er eine weitgehendere Streikunterstützung gewähren kann, wie gegenwärtig. Es werde jetzt darüber zu beraten sein, auf welche Weise der Lohnbewegung reichlichere Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

Kemmer-Hehne hält es nicht für möglich, eine allgemeine geltende Taktik für alle Lohnbewegungen festzustellen. Eine Lohn-

bewegung dürfe sich nicht auf die große Masse der Unorganisirten stützen. Die Tarifgemeinschaft sei zwar von manchen Seiten verurtheilt worden, sie habe jedoch ihre Vorzüge, wenn eine starke Organisation dahinter steht.

Doherty-Keipzig hält es nicht für ratsam, daß bei der Agitation für den Verband von vornherein die Lohnbewegung in den Vordergrund gestellt werde, wie das von manchen gewerkschaftlichen Agitatoren geschehe. Ein schwerer Fehler sei es, wenn man schon lange vor dem Beginn einer Lohnbewegung den Unternehmern die Forderungen unterbreite und ihnen dadurch die Möglichkeit gebe, sich auf den Streik einzurichten.

Vollard-Berlin ist für Erhöhung der Beiträge, damit die Hauptkasse für die Lohnbewegung mehr leisten könne, wie bisher.

Stellmacher-Stettin: Für den Erfolg einer Lohnbewegung sei es sehr wesentlich, daß die Arbeiter einen Ueberblick über den Arbeitsmarkt haben. In diesem Punkte seien die Unternehmer viel schlauer, wie die Arbeiter. Mit den Tarifgemeinschaften, die ja auch jetzt von Unternehmern empfohlen werden, habe es einen Galen. Bringmann-Hamburg: Die Ansicht, als ob nur die Streiks als Lohnbewegung anzusehen sind, müsse überwunden werden. Die ganze Thätigkeit des Verbandes sei eine fortgesetzte Lohnbewegung. Das spreche schon § 1 des Verbandsstatuts aus. Nach dem Abschluß eines Streiks müsse das gesamte Material desselben bekannt gegeben werden, auch die begangenen Fehler dürften nicht verschwiegen werden. Das würde für künftige Bewegungen sehr lehrreich sein. Wenn solche Fehler kritisiert werden, dann dürfe sich dadurch niemand verletzt fühlen. Streiks, die aus Solidarität mit anderen Gewerkschaften ins Werk gesetzt werden, seien unter Umständen zu billigen, es müsse aber in jedem einzelnen Falle erwogen werden, ob ein solcher Streik im Interesse der Gewerkschaft liege. Die Platzsperrten seien als Kampfmittel nicht von der Hand zu weichen, jedoch sollten sie nur da verhängt werden, wo sie konsequent durchgeführt werden können, sonst schaden sie nur den Organisirten, die sich an die Beschlässe ihrer Kameraden gebunden fühlen, und die Indifferenten, welche arbeiten, haben den Augen davon.

Die weitere Debatte, die die Vormittags-Sitzung ausfüllte, drehte sich hauptsächlich um frühere Streiks, die von den Delegirten der einzelnen Orte besprochen wurden.

Den Delegirten wurde die neueste Nummer des „Zimmerer“ zugestellt. Dieselbe enthält auf einer besonderen Beilage die Bildnisse der Dresdener Beurtheilten, welche von den Delegirten mit allgemeinem Interesse betrachtet werden.

In der Nachmittags-Sitzung wurde über eine Anzahl von Resolutionen diskutiert, die zum Punkt „Lohnbewegung“ eingegangen sind. Eine besonders ausgedehnte Debatte rief ein von Schrader-Hamburg gestellter Antrag hervor, welcher eine Demonstration gegen die auf einer Baugewerksmeister-Konferenz in Breslau gefasste Keuzerung darstellte. Diese geht dahin, die Unternehmer sollten die Arbeiter in ganz Deutschland auf vier Wochen aussperrten, um die Kassen der Organisation zu leeren. Der Antrag Schrader fordert, daß für den Fall, daß diese Drohung ausgeführt wird, die Zimmerer Deutschlands für diese Zeit auf jede Streikunterstützung verzichten.

Die Mehrzahl der Redner war der Meinung, daß die genannte Keuzerung nur eine leere Drohung sei, die die Unternehmer in ihrem eigenen geschäftlichen Interesse nicht ausführen könnten. Sollten sie es aber dennoch thun, so hätten sich die Arbeiter nicht davor zu fürchten.

Schrader zog darauf seinen Antrag zurück.

Angenommen wurden folgende Resolutionen:

I. Die 13. Generalversammlung wolle beschließen, um Nachtheile bei Lohnbewegungen in untern Verbänden zu vermeiden, den Hauptvorstand, sobald Stellung zur Lohnfrage genommen wird, davon in Kenntniß zu setzen. Sollte bei einer Lohnbewegung in einer Zahlstelle die genügende Kraft zur Leitung der Lohnbewegung nicht vorhanden sein, so hat der Hauptvorstand ein Mitglied der Agitationskommission, des Ausschusses oder sonst ein vertrauenswürdiges Mitglied mit der Leitung zu betrauen. Der Beauftragte hat dann dem Hauptvorstand Bericht darüber zu erstatten und gemeinsam mit demselben die weiteren Maßnahmen zu treffen.

II. In Fällen, wo in Streikorten zureichende verheiratete Kameraden, jeglicher Mittel entbehrt, sich an Zahlstellen zwecks Unterstützung wenden, haben diese das Recht, falls sich die Nachsuchenden als mit einer Streiklegitimation versehene Mitglieder ausweisen, eine einmalige Unterstützung in der Höhe bis zu 6 M. oder, falls voranzusehen ist, daß die Jüngersten in den nächsten Tagen in dem betreffenden Orte Arbeit erhalten, für höchstens sechs Tage die laut Statut festgelegte Streikunterstützung auf Rechnung der Hauptkasse auszusprechen. Die ausbezahlte Unterstützung ist auf der Streiklegitimationskarte zu vermerken und darf nur in höchstens 2 Fällen erfolgen. Die Belege sind innerhalb 12 Tagen der Hauptkasse zu überreichen, andernfalls der hierauf verzeahnete Betrag aus der Lokalkasse zu decken ist.

Im sechsten Punkt der Tagesordnung: „Die Agitation für die Ausbreitung des Verbandes“, führte

Schrader-Hamburg aus: Wenn auch der Verband in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht habe, so dürfe man mit den Erfolgen noch nicht zufrieden sein, sondern müsse vielmehr eine kräftige Agitation betreiben. Zur Erreichung dieses Zweckes empfahl der Redner einen Antrag des Hauptvorstandes, welcher die Leitung und die Kosten der Agitation in höherem Maße, als es bisher der Fall war, dem Hauptvorstande überweist, da die Thätigkeit der in den einzelnen Bezirken bestehenden Agitationskommissionen nicht in allen Fällen den gewünschten Erfolg gehabt habe.

Die Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung füllte den Rest der Sitzung.

Fünfter Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands.

Berlin, 23. März.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die fernere Agitation zum weiteren Ausbau des Verbandes“, wird fortgesetzt und erörtert sich zunächst über die Frage, ob Affordarbeiter zu Agitatoren verwendet werden sollen.

Verschiedene Redner erklären sich sehr entschieden gegen diese Verwendung und unterstützen einen entsprechenden Antrag. Gegen diesen Antrag wendet sich namentlich Döhne-Berlin mit dem Hinweis darauf, daß fast sämtliche Püger Berlins Affordarbeiter sind.

Auf die Affordarbeit selbst beziehen sich zwei Resolutionen. Die erste ist von Pappow, Steningl und Bömelburg eingebracht und lautet: Der fünfte Verbandstag spricht aus, daß die Affordarbeit ungleich mehr als jede andere Lohnarbeit dazu angethan ist, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer und besonders auch die Unfallgefahr auf den Bauten zu fördern. In Erwägung dessen und in fernerer Erwägung, daß auch die Affordarbeit dazu angethan ist, die Solidarität der Arbeiter hintanzuhalten, spricht der Verbandstag den dringenden Wunsch aus, daß die Mitglieder für die Abschaffung der Affordarbeit wirken mögen.

Die zweite Resolution geht von Schönborn-Charlottenburg aus und lautet:

In Erwägung, daß die Affordarbeit in sämtlichen Berufszweigen der Maurer ein Ueberangebot von Arbeitskräften fördert, sowie Leben und Gesundheit durch übermäßige körperliche Anstrengungen schädigt und schlechte Arbeit zur Folge hat, ist es Auf-

gabe des fünften Verbandstages, die Affordarbeit statutarisch zu veröffentlichen.

Der Verbandsvorsitzende Bömelburg erklärte sich im Prinzip als entschiedener Gegner der Affordarbeit, warnte aber vor Annahme der Schönborn'schen Resolution. Sie würde in der Praxis nicht durchführbar sein und nur die Entwicklung der Organisation hemmen. Der Verbandstag löste vollkommen seine Pflicht, wenn er sich in einer Resolution gegen die Affordarbeit prinzipiell erklärt und für ihre Abschaffung zu wirken verspricht.

Es liegt ferner noch ein weiterer Antrag vor, in Baden eine zweite Agitationskommission mit dem Sitz in Karlsruhe zu bilden. Neben der Besprechung dieser Anträge bringt die Debatte eine Fülle von Material zur Beurteilung der Schwierigkeiten, mit denen die Agitation zu kämpfen hat. So theilt Sührer Mainz mit, einzelne Kapläne reizten die Frauen auf, ihren Männern die Erfüllung der ehelichen Pflichten zu verweigern, solange diese der Gewerkschaft angehörten. — Geflagt wird weiter über Polizeischikanen, Saalbedränger.

Aus Ober-Ostpreußen wurde Klage geführt über die Schwierigkeiten der Agitation, über Mangel an Versammlungsräumen und das Vorgehen der Polizei. Dabei wurde die Nothwendigkeit der obersteinsten Agitation wegen der außerordentlich großen Zahl der Maurer in jener Gegend besonders betont.

Interessant war auch die Schilderung der Zustände in Elßah-Lothringen. Dort sind öffentliche Versammlungen infolge des Diktaturparagrafen einfach unmöglich. Die Italiener, die in ungeheurer Scharen nach Elßah-Lothringen kommen — in den letzten Wochen sind allein 1400 zugereist — sind keineswegs immer Lohnarbeiter, wie gewöhnlich angenommen wird, sondern geben häufig das beste Beispiel bei Lohnforderungen. Wenn Arbeitern bei Lohn haben z. B. die Italiener höheren Lohn gefordert und erhalten als die Deutschen. Der Organisation bedingten, sind sie nicht abgeneigt, sie können es aber nur als Einzelmitglieder, denn wenn sie den örtlichen Zahlstellen beitreten, werden sie sofort ausgewiesen.

Erst am Schluß der Vormittags-Sitzung hatte die Diskussion ihr Ende erreicht. Das Resultat der Abstimmung war die Ablehnung des Antrags Schönborn mit allen gegen zwei Stimmen und die einstimmige Annahme der Resolution Bömelburg. Die Resolution Silberschmidt wurde in einer vom Antragsteller abgeänderten Fassung genehmigt. Sie besagt:

Es Pflicht eines jeden Mitgliedes, für die größtmögliche Ausbreitung und Festigung des Verbandes unter den Berufsgenossen zu agitieren, damit nicht nur allein der Mitgliederbestand des Verbandes in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität erhalten, sondern auch ein Stamm tüchtiger Kollegen herangebildet werde, der befähigt ist, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges das Banner der Organisation hoch zu halten und gegen alle Angriffe erfolgreich zu vertheidigen.

Bei der Agitation ist besonders darauf hinzuweisen, daß das Unternehmertum nicht gewillt ist, die in unserem Gewerbe herrschenden Mißstände zu beseitigen und eine Besserung der Lebenslage der Angehörigen unseres Berufes eintreten zu lassen. Es muß den Kollegen dauernd zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie nur durch die Organisation allein befähigt werden, Mensch unter Menschen zu sein.

Der Verbandstag macht es den Zahlstellen zur Pflicht, Einrichtungen zu treffen, durch die es ermöglicht wird, daß mit der wöchentlichen Zustellung des „Grundstein“ auch zugleich die Beiträge von den Mitgliedern abgeholt werden. Zahlstellen, in denen es unter allen Umständen nicht möglich ist, die Beiträge einzulassen zu lassen, haben mit Zustimmung des Vorstandes andere, zweckentsprechende Einrichtungen zu treffen.

Verichtigung. In dem Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Bauarbeiterskongresses sind in dem Schlusssatz des Maurers Paplow-Hamburg zu den Debatten über die Unfallgesetzgebung im Baugewerbe und ihre Beseitigung folgende Nichtigkeiten vorkommen:

- 1. Das im Referate erwähnte freisprechende Urtheil in nicht in Arnaburg, sondern in Stendal erfolgt, der Fall selbst hat sich in Arnaburg zugetragen.
- 2. Was aus Helmstedt berichtet ist, hat sich in Osnabrück ereignet.

### Kommunales.

#### Stadtverordneten-Versammlung.

11. Sitzung vom Donnerstag, den 28. März 1899.

Rachmittags 6 Uhr.

In den Ausschuss für die Vorlage betreffend Terrainerwerb an der Waldenstraße für Gemeindefürsorge ist u. a. Stadtv. Borgmann gewählt.

In die Gewerbe-Deputation wählt die Versammlung an Stelle des ausgeschiedenen Stadtv. Dr. Friedemann den Stadtv. Wilschke.

Die Vorlage wegen Zahlung eines Patronatsbeitrags zu den Kosten der Dachreparaturen an der Thomaskirche geht an einen Ausschuss.

Darauf wird die Verathung des Stadthausallii-Statuts für 1899 fortgesetzt.

Die Spezialetat der Kapital- und Schuldenverwaltung, der Pensionen, Unterstützungen, Waisen- und Erziehungsgelder werden unverändert nach dem Entwurf festgestellt.

Zu dem Sammeletat 45 „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben“ gehören u. a. der Etat für das Märkische Provinzialmuseum, für das Statistische Amt, das Gewerbegericht und die Volksbibliothek und Lesesäle.

Stadtv. Bruns: Die Verwalter der städtischen Volksbibliothek erhalten eine jährliche Entschädigung von tausend Mark. Der Verkehr hat sich in den letzten Jahren enorm gesteigert; an einzelnen Tagen werden nahezu 500 Bände abgegeben, so daß über 150 Besucher gezählt werden. Der Magistrat erkennt die Belastung der Beamten auch an. Seit dem Vorjahre hat sich der Verkehr wiederum fast verdoppelt. Die Entschädigung ist die gleiche geblieben; für Hilfspersonen sind hundert Mark in Ansatz gekommen. Nun legt der Etat auseinander, daß die Hilfspersonen wie bisher durch dazu geeignete Schulkinder herbeigeführt werden soll. Ich halte es für unzulässig, in dem Etat Beklins eine Vermehrung zu finden, welche darauf hinweist, daß Schulkinder in einem städtischen Betriebe, und sei es auch nur eine Volksbibliothek, verwendet werden. Zu dieser Hilfspersonen brauchen die Verwalter 5 bis 6 Knaben an jedem Abend; auf jeden entfallen noch nicht 3 Pfennige auf die Stunde, pro Abend 6 Pfennige.

In einer Zeit, wo das Bestreben immer weitergreift, die Arbeit von Schulkindern überhaupt zu verbieten, macht eine solche Einrichtung einen sehr eigentümlichen Eindruck. Auch ist es für den Gesundheitszustand der Kinder nicht zuträglich, sich Abends 3 Stunden in solchen Räumen aufzuhalten. Ich nehme die im Ausschusse abgeleitete Resolution wieder auf, die Erhöhung der Gehälter der Verwalter der Bibliothek mit täglichem Betriebe in Erwägung zu ziehen und für die Heranziehung Erwachsener als Hilfspersonen Sorge zu tragen.

Kämmerer Raab: Ich habe mich über die Verhältnisse informiert und kann nur konstatieren, daß die Situation übertrieben wird. Die Direktoren der beiden in Betracht kommenden Gemeindefürsorge fragen nach freiwilligen Meldungen, und sämtliche Knaben der Klasse heben die Hand hoch. Ich selbst habe mich als kleiner Junge mit Freuden zu ähnlicher Thätigkeit gemeldet. Die Knaben werden auch nicht 3 Stunden hindurch den Abend beschäftigt, sondern wie sie wollen. Man kann auch diese Beschäftigung nicht mit Sachvertragsarbeiten vergleichen; es ist mehr ein Zeitvertreib. Was der Lehrer den Kindern giebt, wird von uns garnicht bestimmt. Die 1000 M. sind ja kein Gehalt für ein besonderes Amt, die beiden Verwalter sind Lehrer, die je 3048 M. Gehalt beziehen und die 1000 M. auch noch mitnehmen.

Stadtv. Bruns: Früher waren die Bibliotheken nur dreimal je 2 Stunden geöffnet; das ist jetzt ganz anders geworden. Gewiß

wird es den Knaben auch gestattet sein, einmal früher zu gehen, wenn sie wollen; die meisten aber sind bis 9 Uhr beschäftigt und gezwungen, dazubleiben. Zum Frühstück- und Zeitungsaustragen würde sich vielleicht in den meisten Fällen ein Knabe melden; die Kinder verziehen doch nicht, was ihrer Gesundheit zuträglich ist. (Sehr richtig!) Die Kinder haben sich in stäubigen Räumen mit Büchern zu befassen, die durch hunderte von Händen gegangen sind und Krankheitserreger übertragen können. (Oh, oh!) Ich halte nicht für möglich, daß diese Veranlassung zugiebt, daß ein solcher Sachvertragsvertrag im Etat stehen bleibt. (Große Unruhe; Vorsteher Dr. Langenhans ruft den Redner zur Ordnung.)

Stadtv. Stadthagen: Die Sache liegt nicht so, wie der Kämmerer darstellt. Früher handelte es sich um Schulkinder, die in der Schule Bücher ausgaben; hier handelt es sich um Kinder, die für andere außerhalb der Schulstunden Arbeiten gegen Entgelt verrichten. Der Kämmerer würde auch als kleiner Junge mit Entschädigung zurechtgefunden haben, daß seine Thätigkeit mit fünf Pfennigen entlohnt würde. (Große Heiterkeit.) Es liegt hier ein wirklicher Arbeitsvertrag vor; die Kinder sind minderjährig, die Eltern sollen ja um ihre Zustimmung vorher angegangen werden. Ganz zweifellos muß dieser Art der Beschäftigung der Kinder in den Volksbibliotheken aufhören. Das Drängen der Kinder zu dieser Arbeit beweist gar nichts. Haben wir das Recht, Schulkinder dazu anzunehmen, solche amtliche Thätigkeiten für solche Vergütung zu verrichten? Man könnte ja auch weitergehen und die Kinder betragen, ob sie vielleicht Akten ausfragen wollen. Sie würden sich auch dazu zahlreich melden.

Die Resolution wird abgelehnt, der Etat der Volksbibliothek unverändert genehmigt.

Unter den Beiträgen und Geschenken an hiesige Vereine und Institute sind 1000 M., welche der Magistrat dem Berliner Hausfrauen-Verein hauptsächlich für Prämiation der Pflichttreue von Mädchen und Frauen im Hausdienst zuwenden wollte, vom Ausschuss gestrichen worden. Auch die Verdoppelung des bisherigen Unterhaltungsbetrages von 500 M. für die „Freiwillige Sanitätskolonne Berlin“ hat der Ausschuss abgelehnt. Die Forderung einer Subvention von 3000 M. an das Komitee für das Archandol'sche Riesentor in Zerprow dagegen hat der Ausschuss entgegen einem Antrage auf Streichung genehmigt. Die außerordentliche Beihilfe von 1200 M. für das Magdalenenstift ist gestrichen, da das Stift ohnehin in diesem Etat 7500 M. Zuschuss bezieht.

Außerdem beantragt der Etatsausschuss eine Resolution, wonach der Magistrat um eine Vorlage zum Zweck der Einstellung von 5000 M. in den Etat zur Verfüzung des Stadtverordneten-Vorsteher ersucht wird.

Die Resolution wird angenommen; auch im Uebrigen wird durchweg nach den Ausschussanträgen beschloffen.

Die Beschlüsse über Magistratsmitglieder werden entsprechend den zur Beamteneinstellungsvorlage gefassten Beschlüssen festgesetzt, wonach das Mindestgehalt der Stadträte von 7000 auf 8000 M., das Höchstgehalt von 11 000 auf 12 000 M. steigt. Diefelbe Konsequenz wird bei dem Etat „Zum Personalbesoldungs-Etat gehörige Stellen“ gezogen. Neu angelehnt werden sollen 30 Bureau-Assistenten. Der Bewilligung einer Funktionszulage von 1000 M. an den ersten Vorstand der Invaliditätsversicherung-Anstalt Dr. Freund hat der Magistrat nur unter der Bedingung zugestimmt, daß dem koordinierten Vorstandsmittglied Professor Strauer ebenfalls 1000 M. Zulage bewilligt werden. Der Ausschuss hat sich damit einverstanden erklärt, und auch die Versammlung giebt heute dazu ihre Genehmigung.

Stadtv. Spindler regt an, nach dem Vorgange des Staates die Stellengelder zu erhöhen. Der Magistrat hätte eigentlich damit schon vorgehen sollen.

Stadtv. Schwalbe theilt mit, daß nach seiner Kenntnis der Magistrat noch im Laufe des Jahres mit einer entsprechenden Vorlage an die Versammlung herantreten wird.

Ueber die Etat der Gas-, Wasser- und Kanalisationswerke sowie über den Etat der Hauptkasse der städtischen Werke referirt Stadtv. Reichenow.

Jum Etat der Gaswerke wird im Plenum nichts bemerkt. Im Ausschusse war ein Antrag gestellt worden, den Preis des Leuchtgases auf 14 Pf. pro Kubikmeter zu ermäßigen; der Antrag wurde abgelehnt; ein Antrag auf Fortfall der Gasometermiete zurückgezogen. Die Anhangs-Etat für die öffentliche Petroleumbeleuchtung, für den Feuer- und Explosionsversicherungs-Fonds wie für den Erneuerungsfonds der Gaswerke für 1899 passiren gleichfalls ohne Debatte.

Auch der Etat der Wasserwerke giebt zu Bemerkungen keinen Anlaß. Die Frage, ob dem Petitions- und Koalitionsrecht der Arbeiter auf dem Wasserwerk zu Friedrichshagen seitens der Verwaltung zu nahe getreten sei, scheint im Ausschusse befriedigend erledigt worden zu sein.

Der Kanalisationsetat nebst dem Etat der Rieselfelder-Obdors-, Grohbeeren-, Sputenborf-, Jaitenberg-, Waldow-, Dantensfelde und Buch wird ebenfalls ohne Debatte nach den Ausschussanträgen festgesetzt. Dagegen löst die vom Ausschuss empfohlene Resolution:

Dem Stadtbaurath Krause statt der Pferdebahn-Abkommenslatente eine jährliche Zufuhrkosten-Entschädigung von 1000 M. zu gewähren, auf den Widerspruch des Stadtv. Wallach, der kein Präjudiz schaffen will.

Stadtv. Rhlmann befürwortet die Annahme, es würde für den verdienten Baurath eine Kränkung sein, wenn dieselbe abgelehnt würde.

Stadtv. Spindler beantragt, für den Fall der Annahme auch dem anderen Stadtbaurath die gleiche Summe zu bewilligen. Denn die einseitige Bewilligung wäre für den anderen ganz zweifellos eine Kränkung.

Stadtv. Cappel giebt für jetzt Ablehnung anheim, während Stadtv. Schwalbe die erweiterte Resolution nach dem Antrage Spindler empfiehlt.

Vorsteher Langenhans betont, daß die Frage allgemein doch nicht beim Kanalisations-Etat erledigt werden kann.

Stadtv. Ralsch tritt den Bedenklichen entgegen und bittet, doch nicht in Kleinigkeiten zu sein.

Stadtv. Wallach bleibt bei seinem Widerspruch; es handle sich hier eigentlich bloß darum, eine Gehaltserhöhung von hinten herum einzuschmuggeln.

Die Versammlung beschließt, jedem der beiden Stadtbaurathe eine Zufuhrkostenentschädigung von 1000 M. zu gewähren. Ueber den Tiefbau-Etat und die Steueretat ersattet Stadtv. Rosenow den Ausschussbericht.

Die Etat für die Betriebssteuer, Hundesteuer, Branntweinsteuer, Wändersteuer, und Umsatzsteuer werden unverändert genehmigt. Als Gemeindegroßsteuer sind 17 589 344 M. angesetzt; die Gewerbesteuer mit 26 880 000 M. Die Steuerjahre werden für 1899 wie folgt festgesetzt: 5,8 pCt. des Reinertrages der Grundstücke (302 919 000 M.) für die Grundsteuer, 100 pCt. Gewerbesteuer, 100 pCt. Gemeinde-Einkommensteuer. Die Erhebung der untersten Steuerstufe (240 M. von Einkommen von 420—600 M.) unterbleibt. Der Etat, der mit 100 529 807 M. balanzirt, wird mit diesen Modifikationen festgesetzt.

Nachdem der Beschluß des Kultusministers auf die Vorstellung der Schuldeputation wegen der Entfernung jüdischer Volksschul-Lehrerinnen vom Klassenordinariat durch das Provinzial-Schulcollegium dem Magistrat endlich zugegangen ist, hat der Vorsteher die Angelegenheit mit dem bekannten Antrag Preuß auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Da über die Durchführung der Anordnungen des Kultusministers kommissarische Verhandlungen stattfinden sollen, welche auf den 28. März angesetzt sind, wird von einer Seite Ablehnung der Erörterung bis nach Abschluß dieser Verhandlungen beantragt.

Der Vorsteher ertheilt gegen die Verlegung des Wort dem Stadtv. Preuß, der zunächst den Bestärker der Verlegung zu hören wünscht. Da der Vorsteher hierauf nicht eingeht, erklärt

Stadtv. Preuß, daß er die Gründe der Freunde der Verlegung mißbilligen müsse, ohne sie zu erkennen; er sei durch Gesandtschafts-ordnungs-Konflikte in diese Lage gedrängt. (Vorsteher Langenhans weist erregt diesen Angriff zurück.) Der Redner führt dann aus, daß der Verzicht auf die heutige Verhandlung die ganze Sache für die Stadt verloren gebe; gerade für die Verhandlungen am 28. März müßten aber die heutigen Erörterungen der Veranlassung von entscheidendem Werth sein. Wozu die siebente Verlegung? Es habe sich doch prinzipiell nichts geändert. Auch die Betroffenen wollen nicht gebildet sein, sie wollen ihr Recht. Die Widerungen im Einzelfalle hätten mit den Rechtsprinzipien nichts zu thun. Der Magistrat habe ebenfalls ein lebhaftes Interesse an einer gründlichen Erörterung vor den kommissarischen Verhandlungen. Rath Ostern stände man einfach vor einem fast sooompli, da vor Ostern eine Sitzung nicht mehr stattfinden solle.

Stadtv. Schwalbe begreift die Erregung des Vorredners nicht. Man müsse den Abschluß der Sache abwarten. (Widerpruch.) Das Prinzip sei ja schon im Dezember festgelegt worden; einer Wiederholung bedürfe es nicht.

In namentlicher Abstimmung wird die Verlegung mit 50 gegen 35 Stimmen beschloffen.

Zur Verathung gelangt hierauf der schon in der vorigen Sitzung eingebrachte Antrag Borgmann:

Den Magistrat zu ersuchen, für die Erbauung einer Gemeindefürsorge an der Wilschstraße das schon fertige Projekt für die Gemeindefürsorge an der Siemensstraße in Anwendung zu bringen.

Stadtv. Borgmann: Durch den Wechsel in der obersten Verwaltung der Stadt war ein Stillstand eingetreten, der verschärft worden ist durch den großen Mangel an Schulgebäuden. Im Ausschusse wurden mehrere Anträge vorgeschlagen, die aber zu weit führten, so der Antrag Wilmann, für die neuen Schulbauten schon vorhandene Projekte zu benutzen. So generell kann man nicht verfahren; es muß von Fall zu Fall entschieden werden. In dieser Richtung geht unter Antrag, der nur für eine bestimmte Schule gestellt ist. Bei dem außerordentlichen Nothstand, der durch den Mangel an öffentlichen Schulgebäuden hervorgerufen ist, können wir Sie nur um Ausnahme dieses Antrages bitten, nachdem er durch einen Ausschuss vorkonstatirt ist.

Der Antrag geht an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern. Die Vorlage wegen Erwerbs der Grundstücke Kohlr. 13 und 14 und Neue Kohlr. 13 geht an einen Ausschuss, bezgl. nach längerer Debatte die Magistratsvorlage betr. ein mit der Gemeinde Strauß wegen Uebernahme der Unterhaltungspflicht der Straußener Dorfstraße zu treffendes Abkommen.

Schluß gegen 9 Uhr.

### Tokales.

Zweiter Wahlkreis. Den Genossinnen und Genossen geben wir bekannt, daß am Sonntag, den 20. März, Abends 8 1/2 Uhr, beim Genossen Jubel, Lindenstr. 106, eine Volksversammlung stattfindet, in welcher der Genosse Markwald über die „Zudenfrage“ referiren wird.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis hält heute Freitag Abend 8 1/2 Uhr im Saale der Böhmischen Brauerei am Prenzlauer Thor eine Versammlung ab, in der Genosse Dr. Wehl über „Die ärztlichen Ehrengerichte und die Arbeiterklasse“ sprechen wird. Um regen Besuch bittet Der Vorstand.

### Modernes Romadentum.

Die Sehaftigkeit der Berliner ist überaus gering. Jedesmal, wenn der 1. April und der 1. Oktober, die Haupttermine für den Umzug, herankommen, vollzieht sich in Berlin eine kleine Völkerverwanderung, bei der sich das Hab und Gut von rund einer Viertel Million Menschen auf dem Räderwagen bezgl. auf dem Hand- oder Hundewagen befindet. Wie sehr die Berliner Bevölkerung in dieser Beziehung einem Romadentum gleicht, das ergeht sich aus den Ermittlungen, die bei den Volkszählungen über die Dauer des Wohnverhältnisses angestellt worden. 1895 wurden hier 408 644 bewohnte Wohnungen (ohne Anstalten und Schiffe) mit einer Bevölkerung von 1 623 658 Personen (ohne die von Anstalten und Schiffen) gezählt. Bei 408 647 Wohnungen mit 1 615 747 Bewohnern war die Dauer des Wohnverhältnisses angegeben. Es wohnen noch in demselben Hause die Inhaber von

|   |
|---|
| 45 200 Wohn. mit 181 332 Bewohn. seit 1885 u. früher    |
| 361 367 „ „ 1 434 415 „ „ 1886 „ später                 |
| Darunter:   |
| 602 056 Wohn. mit 1 182 011 Bewohn. seit 1891 u. später |
| 201 996 „ „ 707 944 „ „ 1894 „ „                        |
| 129 857 „ „ 482 140 „ „ 1895 „ „                        |
| 63 188 „ „ 240 468 „ „ 1896, IV. Quartal.               |

Das heißt: von allen Wohnungsinhabern, die die Dauer des Wohnverhältnisses angegeben hatten, wohnte nur der neunte Theil (rund 11 pCt.) seit zehn oder mehr Jahren in demselben Hause, dagegen acht Reintel (rund 89 pCt.) noch nicht zehn Jahre; speziell noch nicht fünf Jahre fast drei Viertel (74 pCt.) der Wohnungsinhaber, noch nicht zwei Jahre nahezu die Hälfte (49 1/2 pCt.), noch nicht 1 Jahr fast ein Drittel (33 pCt.), noch nicht 1/2 Jahr ziemlich ein Sechstel (16 pCt.) der Wohnungsinhaber. Dieser Mangel an Sehaftigkeit liegt vielleicht weniger im Mangel des Berliner, sondern in der Hauptfache bedingt durch die Erwerbsverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung. Besonders gering ist die Sehaftigkeit nämlich bei der un- bemittelten Bevölkerung (die ja in Berlin die Mehrheit bildet). Gruppirt man die Wohnungen nach der Zahl der Wohnräume, so ergiebt sich, daß im Allgemeinen die Inhaber der kleinsten Wohnungen am wenigsten sehaftig sind. Beispielsweise waren von den Wohnungen, die nur 1 heizbares Zimmer hatten, gegen zwei Fünftel (37 1/2 pCt.) erst im Laufe des Jahres 1895, ziemlich ein Fünftel (19 pCt.) sogar erst im IV. Quartal durch ihren derzeitigen Inhaber bezogen worden, dagegen von den Wohnungen mit 10 oder mehr heizbaren Zimmern nur etwa ein Reintel (11 pCt.) im Jahre 1895, rund ein Vierundzwanzigstel (4 1/4 pCt.) im vierten Quartal. Andererseits waren von den Wohnungen mit nur 1 heizbaren Zimmer vor 5 oder mehr Jahren nur ein Fünftel (20 pCt.) durch vor 10 oder mehr Jahren noch nicht ein Zwölftel (8 pCt.) durch ihren derzeitigen Besitzer bezogen worden, dagegen von den Wohnungen mit 10 oder mehr heizbaren Zimmern vor 5 oder mehr Jahren über die Hälfte (54 pCt.), vor 10 oder mehr Jahren immer noch etwa ein Drittel (31 1/2 pCt.). Daß es die Inhaber der kleinsten Wohnungen sind, die am schnellsten und häufigsten wechseln, das zeigen auch die Angaben über die Zahl der Umzüge, die im Jahre 1894 (für später sind keine Zahlen veröffentlicht) in Berlin überhaupt 699 pro 1000 vorhandene Wohnungen betrug, aber speziell in den ärmsten Stadttheilen bis hinauf zu 832 pro 1000, in den wohlhabenderen dagegen bis hinab zu 308 pro 1000 vorhandene Wohnungen. Man wird sich der Ansicht, daß dieses Romadentum mit den Erwerbsverhältnissen zusammenhängt, kaum verschließen können, wenn man erwägt, wie oft der Arbeiter der rasch wechselnden Arbeitsgelegenheit nachziehen muß. Für ihn bedeutet, in der Großstadt wohnen, die Wohnung in der That nicht viel mehr, als für den Romaden sein Zeit. Ihm ist es selten vergönnt, in seiner Wohnung recht heimisch zu werden, — ganz abgesehen davon, daß schon die Beschaffenheit der Wohnungen, die sich ein weniger Rentierler leisten kann, in der Regel keine echte Behaglichkeit aufkommen läßt.

Dispensationen vom Schulbesuch können schon vor Beendigung der Schulpflicht (also vor Ablauf desjenigen Halbjahres, in welchem ein Kind das 14. Lebensjahr vollendet) bewilligt werden, wenn ein dahin gehender Antrag an die Schuldeputation gerichtet wird und ein vom Lokalschulinspektor bescheinigtes



Stammeln u. f. w.) bestimmt und werden im 1. und 3. Quartal des Schuljahres an drei Punkten der Stadt (Nord, Ost, Süd) abgehalten. Die Nebenkurse werden an jeder Schule im 2. und 4. Quartal des Schuljahres abgehalten, und es nehmen die Kinder der betreffenden Schule, die in leichterem Grade an Sprachschwächen leiden oder bereits einen Hauptkursus durchgemacht haben, einmal oder mehrmals daran teil. Die Einrichtung hat sich, wie in der genannten Zeitschrift berichtet wird, bisher durchaus bewährt.

**Die Frage der Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen Charlottenburgs**, die seit mehr als einem Jahre so vielfache Erörterungen hervorgerufen hat, ist gestern endgültig erledigt. Um die Vermögensverhältnisse endlich zu beseitigen, hat der Charlottenburger Magistrat in seiner gestrigen (Donnerstag) Sitzung beschlossen, dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung beizutreten. Die Schulgebühren werden demgemäß um ein Kleines erhöht und werden vom 1. April an betragen: in den Vor- und Mittelsklassen des Realgymnasiums der Reformschule wie der Ober-Realsschule 100 M., in den mittleren und oberen Klassen des Realgymnasiums und der Reformschule 110 M., in den mittleren Klassen der Ober-Realsschule 80, in den oberen 110 M. In der höheren Mädchenschule wird das Schulgeld in den drei untersten Klassen 80 M., in den übrigen Klassen 110 M. betragen.

**Der Teltower Kreisstag** hat heute den Vertrag zwischen dem Kreise und der Stadtgemeinde Schöneberg über die beim Ausschneiden Schönebergs zu bewirkende Auseinandersetzung einstimmig genehmigt.

**Der Amtsbezirk Deutsch-Wilmersdorf** wird zum 1. April dieses Jahres in vier Polizei-Revieren eingeteilt. Die Bureau's werden sich Brandenburgerstr. 2, Kurfürstendamm 181, Kaiser-Allee 124 und Kaiser-Platz 5 befinden.

**Reinickendorf.** Eine große Zentralanlage beabsichtigen die Berliner Elektrizitätswerke im Norden (Gesundbrunn) zu errichten. Die Vorarbeiten dafür sind schon eingeleitet, dürften aber kaum vor Ende d. J. abgeschlossen werden. Das in Aussicht genommene Elektrizitätswerk wird den Ortsteilen Reinickendorf und Pantow Strom zuführen. Zu dem Haushalte-Etat für das Schulwesen ist noch zu bemerken, daß der Etat für das hiesige Schulwesen pro 1899/1900 von 85 000 M. auf 103 000 M. also um 18 000 M. gestiegen ist.

## Versammlungen.

**Der Arbeitgeber-Bund des Maurer- und Zimmerer-Gewerbes und die Arbeitswilligen**, lautete das Thema, das in einer öffentlichen Maurer-Versammlung der lokalen Richtung, die am Mittwoch in den „Porussia“-Sälen, Aderstraße, tagte, behandelt wurde. Der Referent Hr. Kater erinnerte zunächst an die wirtschaftlichen Kämpfe, die sich seit Jahren im Baugewerbe abgepielt haben, er verwies darauf, daß das fortgesetzte Bestreben der Unternehmer, eine Zerspaltung unter den Arbeitern herbeizuführen, um sie von der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen abzubringen, bisher an der Einmütigkeit der Arbeiter gescheitert ist und daß nunmehr die Unternehmer die allgemeine Nothlage der Bauarbeiter, welche gegenwärtig infolge der großen Arbeitslosigkeit vorherrscht, für ihre arbeiterfeindlichen Pläne auszunutzen suchen. Nach den weiteren Ausführungen des Redners hat die oben angeführte Unternehmer-Organisation Listen an alle Unternehmer verandt mit der Aufforderung, dieselben den auf den Bauten beschäftigten Maurern und Zimmerern vorzulegen und sie zur Einzeichnung zu veranlassen. In diesen Listen werden ebenso, wie kürzlich an den Etschhäusern, die „arbeitswilligen“ Arbeiter aufgefordert, sich durch die Unterschrift unter den Schutz des Unternehmer-Bundes zu stellen, und wird ihnen dauernde und bevorzugte Arbeitsgelegenheit versprochen. In diesen Listen wird nicht nur die Angabe des genauen Nationalitätsverlangens, sondern auch die Frage über die etwaige Zugehörigkeit zu einer Organisation gestellt. Es wird den organisierten Arbeitern damit zugemutet, daß sie sich durch das Ausfüllen der Listen selbst demingiren und den Unternehmern ein Mittel an die Hand geben, die „Heer“ und „Wähler“, wie der Massenbewegte Arbeiter bezeichnet wird, möglichst von allen Bauten fernzuhalten. Der Redner giebt schließlich der Meinung Ausdruck, nachdem er das Vorgehen des Unternehmertums einer sehr treffenden Kritik unterzogen hatte, daß zu dem Verhalten der Unternehmer wohl teilweise auch das Bestreben der Verbandskollegen, mit dem Unternehmertum eine Tarifgemeinschaft anzubahnen, beigetragen hat. Es sei anzunehmen, daß die Unternehmer darin eine Schwäche der Arbeiter und eine gegenwärtig ungünstige Position der Organisationen vermuthen und glauben, den Arbeitern noch proziger als bisher entgegenzutreten zu können. Wie vom Referenten, so wurde auch in der Diskussion von allen Rednern aufgefordert, die Listen unter keinen Umständen auszufüllen, dieselben vielmehr einmütig zurückzuweisen, wie dies schon auf verschiedenen Bauten geschehen ist, um so die wohlberathenen Pläne des Unternehmertums illusorisch zu machen. Folgende Resolution gelangte hierauf einstimmig zur Annahme: Die öffentliche Versammlung der Maurer etc. beschließt, mit aller Entschiedenheit nach allen Seiten hin, gegen das Annehmen des Arbeitgeber-Bundes des Maurer- und Zimmerer-Gewerbes zu agitieren und zu protestieren. Niemand wird sich in die Listen des Bundes als „Arbeitswilliger“ alias Streikbrecher einzeichnen lassen und von dem Arbeitsnachweis des Bundes Gebrauch machen, indem derselbe einseitig und nur dazu eingerichtet ist, die nunmehr durch dreijährigen schweren Kampf und vielen Opfern errungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder rückgängig zu machen. Jeder Kollege verpflichtet sich auf Ehrenwort, das Annehmen der Unternehmer entschieden zurückzuweisen und rege unter allen Kollegen in diesem Sinne zu agitieren. 2. Obwohl ein Theil der Maurer Berlins und zwar die Leitung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Filiale II Berlin, die Zeit für gekommen erachtet, mit dem Bunde des Maurer- und Zimmerergewerbes in Unterhandlungen bezugs Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu treten resp. die Tarifgemeinschaft anzubahnen, jedem aufmerksamen Beobachter aber einleuchtet, daß die Leitung des Bundes, mit dem längst und genugsam bekannten Herrn Felsch an der Spitze, den Frieden durchaus nicht will, sondern mit allen erdenklichen Mitteln bestrebt ist, Haß und Zwietracht in den Reihen der Maurer Berlins zu säen, stehen die Versammelten nach wie vor auf dem Standpunkt, daß auf das Ehrenwort und auch eventuell schriftliche Verpflichtungen seitens der heutigen Unternehmerklasse nichts zu geben ist, sondern die beste Gewähr zur Erhaltung des Ertrages nur in einer selbstzielbewußten Organisation zu erblicken ist. Die Versammelten verpflichten sich deshalb, für den festen Zusammenschluß in der Organisation zu wirken, um alle noch unorganisierten Kollegen den Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend“ zuzuführen. Nachdem Reyle über die Bedeutung der Kaiserfeier referirt hatte, wurde beschlossen, den 1. Mai, ebenso wie in den früheren Jahren, durch strikte Arbeitseinstellung zu feiern und des Vormittags eine dem Tage entsprechende Versammlung abzuhalten. Die Delegation zum Kongreß der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften Deutschlands, wurde durch Robert Kaufmann ergänzt und Zeglin als Stellvertreter gewählt. Die vorläufige Ueberweisung von 200 M. durch die Lohnkommission an die ausständigen Tapeziren in Bielefeld wurde von der Versammlung gut geheißen und der Kommission aufgegeben, dieselben wenn notwendig, noch durch weitere Geldmittel zu unterstützen. Hierauf wurden die Zustände auf den Bau an der Löwe- und Nischhofenstraße-Ecke lebhaft kritisiert. Wie angeführt wurde, sind die Leistungen zc. außerordentlich mangelhaft und insbesondere die ganze Behandlung der Arbeiter eine äußerst unwürdige. Ansprüche auf bessere Schutzmaßregeln und Einrichtungen gegen den mangelhaften Wohnungsbau und sonstige Mängel, werden mit der Mahregelung der betreffenden Arbeiter geandnet. Ein Menschenopfer hat in der verflochtenen Woche der Bau an der Spandauer Brücke und

Neue Friedrichstraße-Ecke gefordert. Nach den Ausführungen des Redners war an den Treppen, bei denen die Fliesenleger beschäftigt sind, von oben bis unten kein Geländer vorhanden. Mehrmals wurde auf die Gefahr hingewiesen, aber ohne Erfolg. Jetzt allerdings, nachdem ein Arbeiter infolge eines Fehltritts in die Tiefe gestürzt ist, was den sofortigen Tod des Arbeiters zur Folge hatte, wurden endlich die schon längst notwendigen Schutzvorrichtungen getroffen.

**Eine Versammlung der in der Schraubenfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen** tagte am Montag in der Urania, Wrangelestraße, um über die Mittel und Wege zu beraten, wie den traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Branche abzuhelfen sei. In der Diskussion wurde außer zahlreichen anderen Firmen die Fabrik von Suidatis genannt, wo die sanitären Verhältnisse viel zu wünschen übrig lassen und besonders die Aborte sich in miserablen Zuständen befinden. Getadelt wurde, daß die Arbeiter Leute als Meister anerkennen, die noch nie in der Branche gearbeitet haben. Um zu kontrollieren, welche Preise für schon gemachte Arbeit gezahlt worden sind, sollten sich die Arbeiter Bücher anschaffen, in denen sie die Preise notiren und so die Lohnrückerei feststellen können. Verschiedene Angriffe auf die Einrichtung, durch die erst die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte ermöglicht würde, wurden zurückgewiesen mit der Begründung, daß sich zur Einrichtung stets Kollegen finden würden. Scharf gerügt wurde das unsozialistische Verhalten vieler Kollegen, die erst den Vertrauensmann ihrer Werkstatz zu Vorstellungen bei der betreffenden Firma veranlassen, dann aber nicht hinter ihm stehen. Ein Antrag, eine fünfgliedrige Agitationskommission zu wählen, wurde einstimmig angenommen. Es war darauf aufmerksam gemacht worden, daß durch die Annahme dieses Antrages ausgedrückt werden könnte, daß der Metallarbeiter-Verband nicht die nötige Agitation entfaltet hätte. Andererseits wurde erwogen, daß der Vertrauensmann überbürdet und eine Entlastung notwendig ist. Die Annahme des Antrages sei kein Mißtrauensvotum für den Verband, sondern die Thätigkeit der Kommission beweise die Opferwilligkeit für die Organisation. Bei den augenblicklichen Verhältnissen müsse etwas geschehen. Und da seien Kollegen aus der Branche am besten am Platze. Zur Kommission wurden gewählt: Heinrich Schulz, Paschke, Jakobs, Jellenberg und Ernst Schulze.

**Die Maurer der zentralen Richtung** hielten am Dienstag bei Cohn, Weuthstraße, eine öffentliche Versammlung ab, in der Fritz ein eingehenden Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschafts-Kommission erstattete. In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich Sperling, Rud und Silberschmidt betheiligten, erklärte man sich mit der Thätigkeit der Gewerkschafts-Kommission einverstanden und wurde die Haltung des Delegierten zu den verschiedenen Fragen gutgeheißen. Als Delegirter zur Gewerkschafts-Kommission wurde Johann W. Schulz und als Vertreter W. Winkler gewählt. Eine längere Debatte enthielt sich über den bekannten, kürzlich erlassenen Auftruf der Bauunternehmer, in dem die „Arbeitswilligen“ aufgefordert wurden, sich unter den Schutz der Unternehmer zu stellen, und worin ihnen dauernde Arbeit versprochen wird. Wie mitgetheilt wurde, haben die Unternehmer es nicht bei dem famosen Anschlag an den Etschhäusern bewenden lassen, sondern es sollen auch noch Listen auf den einzelnen Bauten zirkuliren, die den Arbeitern zum Einzeichnen vorgelegt werden. Von allen Rednern wurde vor dem Unterschreiben dieser Listen gewarnt und das Vorgehen der Unternehmer einer herben Kritik unterzogen. Die Pläne, die das Unternehmertum, dem kürzlich erst auf seinem eigenen Wunsch die Maurer die Forderungen für dieses Jahr unterbreiteten und die Beneidlichkeit zum gemeinsamen Verhandeln kundgaben, damit verfolgt, wurden von den Rednern sehr treffend gekennzeichnet und darauf hingewiesen, daß die organisierten Maurer für alle Fälle gerüstet sind und eventuellen Maßnahmen seitens der Unternehmer, die sich gegen die Arbeiter richten, mit aller Energie entgegenzutreten werden. Bekannt gegeben wurde noch, daß am Sonntag in den verschiedenen Stadttheilen sechs Versammlungen stattfinden, und zur regen Agitation für dieselben aufgefordert.

**Die Vergolder hatten Montag in den Arminhallen** eine Versammlung anberaumt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Franz Marlmann und anschließend die Märzgefallenen durch Erheben von den Plätzen. Hierauf hielt Raturheilkundiger Grundmann einen Vortrag über: „Der Mensch und seine Beschaffenheit.“ Einige interne Filialangelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung. Am 1. Osterfeiertage, Vormittags 10 Uhr, findet eine Morgensprache bei Ferd. Ewald, Schönleinstr. 6, statt.

**Der Verein der Zimmerer** tagte am 19. März. Der zweite Vorsitzende Juppel lag leitete die Versammlung mit einem Rückblick auf die Revolution des Jahres 1848 ein. In die Tagesordnung eingetretene, wurde ein Antrag Grabsdorf, den Krefelder Webern 200 M. und den Bielefelder Tapeziren 100 M. als Streikunterstützung zu überweisen, angenommen. Für den Besuch der Treppower Sternwarte wurden 500 Billets à 75 Pf. bestellt, und sind solche nur bei Hirte, Liebenau, Döring und Kranich zu haben. Hierauf hielt Jönny Hinrichsen einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz. Der Redner, welcher sich lange in der Schweiz aufgehalten, entwarf ein anschauliches Bild der dort herrschenden Lebensbedingungen. Er schilderte ferner die organisatorische Thätigkeit der schweizerischen Arbeiter, sowie die sozialpolitischen und kommunalen Verhältnisse des Landes. Die sich hieran anschließende Diskussion hielt sich im Rahmen des Referates. Unter Verschiedenem unterzog Karl Thieme die öffentliche Aufforderung des Arbeitgeberbundes, der die Arbeitswilligen unter seinen Schutz stellen will, einer herben Kritik. Sache der organisierten Arbeiter sei es nun, diesem neuesten Trick der Unternehmer energisch entgegenzuarbeiten. Nach einer regen Debatte über das Submissionswesen wurde die Versammlung geschlossen.

**Die Bäcker** hielten am 16. März für den Süden eine Bezirksversammlung ab, die sich mit den aufgestellten Forderungen beschäftigte. Nach einem eingehenden Referate des Bäckers Schneider sprachen in der Diskussion Wike und Thoma. Letzterer ging etwas näher auf den Maximal-Arbeitslohn ein und kritisirte die vielfachen Uebertretungen. Man nahm noch Besprechung dieses Punktes einstimmig eine Resolution an, welche sich mit den Ausführungen des Referenten deckte, und durch welche sich die Versammelten für eine rege Betheiligung an den Sammlungen für den Streifonds erklärten.

**Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer** hielt am 19. März im Englischen Garten eine ordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Sassenbach referirte über: Die Verfassungskämpfe und Demagogenvorfolgung in Deutschland. Redner schilderte die Verfassungskämpfe von 1815—1848 und gab der Meinung Ausdruck, daß wir keine Veronulassung haben, so wie es die bürgerlichen Parteien thun, die Kämpfer von 1848 zu verleugnen, sondern wir können diese Leute als unsere Vorkämpfer bezeichnen und ihnen dankbar sein. Eine Diskussion über den beifällig aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Unter Vereinsangelegenheiten wurde der Antrag des Ausschusses, ein Mitglied wegen Denunziation aus dem Verein auszuschließen, gegen 1 Stimme angenommen. Eine längere Debatte verurteilte ein von Pfister gestellter Antrag, wonach alle diejenigen, welche länger als 4 Wochen arbeitslos sind, während dieser Zeit von den Beiträgen entbunden werden sollen. Der Antrag wurde mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Nachdem wurde die Jahrbücher Dranienburger Vorstadt von Vorfigstr. 9 nach der Gartenstr. 50 bei Wisk verlegt. Bekannt gemacht wurde, daß diese Jahrbücher am 2. Osterfeiertage eine öffentliche Versammlung mit Frauen in der „Porussia“, Aderstr. 67, abhält. Die Versammlungen werden künftig pünktlich eröffnet werden.

**Im Verband der Schlächtergesellen** sprach am 19. März Fräulein Ottilie Baader über die Bedeutung des 18. März. Dem

beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine Besprechung der Verhältnisse im Beruf. Am 9. April findet eine Versammlung in den Arminhallen statt, zu der die Mitglieder des Vereins Arbeiter-Verein eingeladen sind. Man beabsichtigt in dieser Versammlung eine Kommission zu wählen, die mit den Meistern über die Abschaffung der Kündigung am Sonntag und die Beseitigung anderer Mißstände im Beruf verhandeln soll. Das Vereinslokal befindet sich bei Schiller, Rosenhalestr. 57.

**Der Fachverein der Holz- und Bretterträger** hielt am 19. d. M. seine regelrechte Mitglieder-Versammlung ab. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit dem von der Kommission ausgearbeiteten Lohnarif, welcher nach einigen kleinen Änderungen angenommen und der Kommission resp. dem Vorstand wieder eingehändigt wurde mit der Befugung, die Drücklegung zu veranlassen und den Arbeitgeber zu überreden. Der Vorsitzende machte auf den Streif der Krefelder Weber aufmerksam, worauf die Versammlung 20 M. Unterstützungsgelder bewilligt. Am 1. Mai findet eine öffentliche Versammlung statt.

**Der Verband der Schneider** tagte am 20. März in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Ritter gab zunächst einen kurzen Bericht über den Stand der Lohnbewegung am Ort sowie auch außerhalb. Wie Redner mittheilte, besuchen einzelne Firmen von auswärts, z. B. eine Magdeburger Firma, sowie der Post- und Telegraphen-Affizienten-Verband zu Leipzig durch Annoncen Arbeiter heranzuziehen. Diese Maschinen müssen durchkreuzt werden, indem man die Kollegen darauf aufmerksam macht, daß sich die Schneider in diesen Städten in einer Lohnbewegung befinden. Da in dieser Versammlung auch die Unterstützungsforderung für die hiesige Bewegung angeregt wurde, nahm man eine Resolution an, welche besagt, daß die Höhe der Unterstützung von der Ortsverwaltung festzusetzen ist, und die Gewährung einer solchen nach achtzätiger Arbeitsruhe eintritt. Hierauf wurden die Mitglieder Stähler, Holzhäuser und Knop als Delegirte zum Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. vorgeschlagen. Es erfolgte sodann die Ausschließung eines Mitgliedes wegen unsozialistischen Verhaltens gegenüber den eben erkrankten Ertragsmännern. Nach einigen Mittheilungen geschäftlicher Art schloß der Bevollmächtigte die gut besuchte Versammlung.

**Charlottenburg.** Am 16. März hielt das Gewerkschaftslokal eine öffentliche Sitzung ab, zu welcher die Gewerkschafts-Mitglieder geladen waren. Menge als Mitglied der Deputation des städtischen Arbeitsnachweises führte aus, daß in der Deputation, welche am 27. Februar tagte, beschlossen wurde, daß der hiesige städtische Arbeitsnachweis sich dem Zentralverband der deutschen Arbeitsnachweise anschließen solle.

In der Deputations-Sitzung wurde vom Genossen Menge darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Unternehmer ist, bei städtischen Bauten auch die Arbeiter vom städtischen Arbeitsnachweis zu entnehmen und sobald als möglich den städtischen Arbeitsnachweis auch auf die gelehrten Arbeiter auszuweihen. In der Diskussion warnte Fleming vor einer Erweiterung des Arbeitsnachweises für gelehrte Arbeiter. In demselben Sinne äußert sich Franke und bekämpft den Anschlag des städtischen Arbeitsnachweises an die Landwirtschaftsämtern. Es wurde beschlossen, eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung einzuberufen, die zu der Frage Stellung nehmen soll. Ferner wurde beschlossen, am 1. Mai zwei Versammlungen abzuhalten und Märkten im Betrage von 20 Pf. an der Kontrolle zu verabfolgen.

**Weihensee.** Am 16. März tagte hier eine Versammlung, in der Theodor Fischer über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse sprach. Dem zustimmend aufgenommenen Vortrag folgte eine Diskussion, in der Genosse Haupt mittheilte, daß die Arbeiterinnen der Wollspinnerei von Krüger u. Tittel von den Meistern beauftragt wurden, die Versammlung nicht zu besuchen. Man möge sich aber trotzdem nicht abhalten lassen, der Organisation beizutreten.

**Strauß-Rummelsburg.** Zur Erinnerung an die Märzgefallenen hielten die hiesigen Genossen am Sonnabend, den 18. März, in Schoner's Saal „Neufeland“, eine sehr stark besuchte Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Bedeutung des 18. März sprach.

**Tempelhof.** Am 18. März hielt der Arbeiter-Bildungsverein im Lokale des Herrn Gerth eine Versammlung ab. Gauger sprach über die Bedeutung des 18. März. Unter Vereinsangelegenheiten lag ein Antrag des Vorstandes vor: dem Vorstande die Ermächtigung zu ertheilen — wenn notwendig — einem Mitgliede, unter Vorbehalt des Erst-Rückaufrechtes die Vereinsbibliothek zu verlaufen. Die Versammlung gab ihre Zustimmung. Das Mitglied Tejiorsch wurde aus dem Verein ausgeschlossen.

**Brig.** Am 18. März fand hier in Gildner's Saal zu Brig eine Vollversammlung statt, in der Genosse Grempe in einem interessanten Vortrag über die Bedeutung des 18. März sprach. Um die Wirkung des Vortrages nicht abzuschwächen, wurde seitens der Versammlung von einer Diskussion abgesehen und die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 26. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt derselben heben wir hervor: Am Bickel. — Pariser Theater. Von Dr. Felicité Koffig-Prodnik. — Der Alkoholismus. Von Dr. W. Südum. — Zur Keitfrage bei den Krankenaffen. Von Eduard Graf. — Fortschritte in Argentinien. Von Gernon Lud-Pallemant. — Literarische Rundschau. — Heulleton: Wenn die Welt gänze zichen. Eine skizirte Erzählung von Henri Pontoppidan. (Schluß.)

## Vermischtes.

**Aus Kiel** wird berichtet: Das Dampfschiff „Oldenburg“ ist Mittwoch Abend bei schwerem Schneesturm in der Strandsee aufgelaufen. Der Schiffe „Pelikan“ und „Korder“ sind zur Hilfeleistung nach der Unfallstätte abgegangen; auch Admiral Köster und Vizeadmiral Thomsen haben sich dorthin begeben.

**Bulverexplosion.** Am Mittwoch Vormittag 10 Uhr fand in den Pulverfabriken des Kommerzienrathes Gätler zu Polnersdorf (Schlesien) eine Explosion statt, die das zum Körnen und Poliren bestimmte Werk in Trümmer legte. Zwei darin beschäftigte Arbeiter fanden ihren Tod.

**Das königliche Schullehrer-Seminar zu Ober-Glogau** ist wegen der dort grassirenden Influenza-Epidemie auf Anordnung des Provinzial-Schulkollegiums auf unbestimmte Zeit geschlossen worden.

**Zu der Weisergegend** ist sechs Zoll Schnee gefallen.

**Witterungsübericht vom 23. März 1899, Morgens 8 Uhr.**

| Stationen | Barometer stand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. u. G. u. F. | Stationen  | Barometer stand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. u. G. u. F. |
|-----------|--------------------|--------------|------------|--------|-------------------|------------|--------------------|--------------|------------|--------|-------------------|
| Zwinnende | 750                | SW           | 2          | wolkig | -1                | Opavanda   | 765                | N            | 2          | wolkig | -18               |
| Hamburg   | 762                | NO           | 4          | Schnee | -6                | Petersburg | 747                | NO           | 1          | Schnee | -8                |
| Berlin    | 751                | SW           | 4          | heiter | -2                | Lort       | 763                | NO           | 3          | heiter | 0                 |
| Bielefeld | 756                | SW           | 1          | wolkig | -4                | Aberdeen   | 760                | NO           | 5          | bedekt | -3                |
| München   | 759                | S            | 2          | wolkig | -2                | Paris      | 758                | SW           | 1          | wolkig | -5                |
| Wien      | 759                | N            | 1          | Dunst  | -7                |            |                    |              |            |        |                   |

**Wetter-Prognose für Freitag, den 24. März 1899.**  
Zeitweise aufklärend, vorwiegend trübe bei mäßigen nordwestlichen Winden, gelindem Frost und leichten Schneefällen.  
Berliner Wetterbureau.



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Deutschstr. 20-21:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

Sonntag, den 26. März, Vormittags 11 Uhr, bei Jubel, Lindenstraße 106:  
**Einsetzer-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Die Wünsche von Stamm und Genossen über die Arbeiter-Organisationen. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Zubell**. 2. Verschiedenes.  
**Die Ortsverwaltung.**

Montag, den 27. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178:  
**Branchen-Versammlung der Modell- u. Fabrik-Tischler.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: Industrielle Entwicklung. 2. Diskussion. 3. Jahresbericht und Neuwahl der Werkstätten-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung dringend notwendig.

Am Sonntag, den 26. März, Nachmittags 6 Uhr, findet seitens der Branchen ein Besuch der **Treptower Sternwarte** statt und werden die Kollegen ersucht, sich zahlreich hierzu zu beteiligen. Treffpunkt Nachmittags 5 1/2 Uhr in Ludwig's Park-Restaurant (früher Jacob), Köpenicker Landstr. 26/28 (2 Minuten vom Bahnhof Treptow).  
Billets à 75 Pf. sind auf allen Bahnhöfen des Verbandes zu haben.  
**Die Ortsverwaltung.**

## Achtung, Bauarbeiter!

Sonntag, den 26. März 1899, Mittags 12 Uhr, bei Stechert, Andreasstraße Nr. 21:  
**Öffentliche Versammlung**

der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umg.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Wie stellen sich die Kollegen zur Forderung des Braunschweiger Gewerkschafts-Kongresses? 5. Verschiedenes.  
Erwarte die Kollegen pünktlich und vollständig zu erscheinen.  
**Der Einberufer.**

## Achtung! Tabakarbeiter. Achtung!

Deutscher Tabakarbeiter-Verband  
Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 28. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:  
**Ausserordentliche Mitgliederversammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Die Bedeutung des dritten Kongresses der deutschen Gewerkschaften resp. Stellungnahme zu dessen Tagesordnung. 2. Wahl eines Delegierten.  
3. A.: Der Bevollmächtigte.

## Achtung! Former. Achtung!

Sonntag, den 26. März 1899, Mittags 12 Uhr:  
**Große öffentliche Versammlung**

der Former und aller in Eisengießereien beschäft. Arbeiter.  
Tages-Ordnung:  
1. Die bestehenden Arbeitsverhältnisse und wie sie für den Arbeiter am vorteilhaftesten sind, unter Berücksichtigung des Arbeitsnachweises der Metallindustriellen. Referent: Kollege **Alwin Körstner**. 2. Diskussion. 3. Die Beziehungen in verschiedenen Gießereien. 4. Wahl von Referenten.  
Da die Versammlung pünktlich eröffnet wird, bitte um zahlreiches Erscheinen.  
11 1/2/11 **Der Einberufer.**

## Verband der Sattler und Tapezierer.

(Filiale Berlin I.)  
Am Sonnabend, den 25. März, Abends 9 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27c:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Bartolosek** über: „Das Gewerkschaftsleben im Jahre 1898“. 2. Diskussion. 3. Erwahlung für ein Mitglied der Delegationskommission für Brandenburg. 4. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress. 5. Erwahlung des Schriftführers. 6. Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**

## Achtung! Textilarbeiter. Achtung!

(Filiale I. Berlin.)  
Sonntag, den 26. März, (Palmsonntag), Abends 6 Uhr, im Lokal „Königsbaum“, Gr. Frankfurterstraße 117:  
**Vortrag des Herrn Dr. Kronecker über: „Land u. Leute in China“**, dargestellt in ca. 80 Lichtbildern.

Billets à 20 Pf. sind zu haben bei **Karl Boigt**, Gr. Frankfurterstraße 124. — Da der Vortrag Punkt 6 Uhr beginnt, so bitten wir, um Störungen zu vermeiden, um rechtzeitiges Erscheinen.  
197/8 **Der Vorstand.**

## Achtung! Köpenick. Achtung!

Am Sonnabend, den 25. März, Abends 7 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn **L. Scheer**:  
**Große öffentliche Versammlung**

für alle in der Textil-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Kotzke**. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten zur Brandenburger Textilarbeiter-Konferenz. 4. Verschiedenes.  
197/7 **Der Einberufer.**

## Joseph Peter, Uhren-Handlung

Strang reelle Bodienung. 81. Petersburgerstrasse 81.

### Wegen **Fenerichaden**

bleibt mein Geschäft Püdlersstr. 39/40 bis auf Weiteres geschlossen.  
In meinem zweiten Geschäftslokal Püdlersstr. 23/24 gegenüber dem ersten, verkaufe ich Herrenanzüge, Knabenanzüge, Teppiche, Gardinen, Portièren, Wäbelsstoffe, Käserhosen, Luchse, Buckskins, Gosen, Arbeitsblousen, Arbeitsböden, Blousen, Kinderkleidchen, Morgenröcke, Schuhe, Stiefel, Pantoffel, Persefeden und vieles andere **Ipoptbillig**.  
Einen Posten Hemdenrohlinge mit kleinen Fehlern, das Weiter 20 Pfennig.  
**Herrmann Schlesinger,**  
Püdlersstr. 23/24,  
vis-à-vis der Markthalle.

# Achtung! Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).  
Sonntag, den 26. März, Nachmittags 4 Uhr, in Keller's Festsälen,  
Koppenstrasse No. 29:

## Große Märzfeier

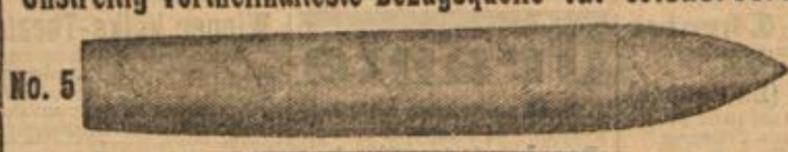
bestehend in  
**Konzert, Gesang und Tanz**  
**Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz.**  
Um zahlreichen Besuch bittet  
[242/12] **Der Vorstand.**

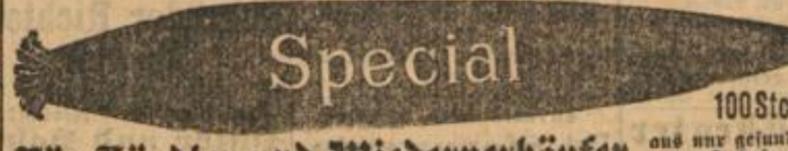
### Café Ebel

—> Annenstrasse 24, gegenüber dem „Thalia-Theater“. <—  
Café 10 Pfennig, extra 15 Pfennig. Weiss- u. Bairisch Bier 10 Pfennig.  
Chocolade 15 Pfennig. Franz. Billard Stunde 40 Pfennig.  
Schlummerpunsch à la Ebel von Rothwein 15 Pfennig.  
Specialität:  
Orig. Ungar. Gulyass 40 Pfennig. Erbsensuppe mit Speck 25 Pfennig.  
Bockwurst mit Salat 25 Pfennig. Kartoffelpuffer 15 Pfennig.  
Eierspeisen 30 und 40 Pfennig. Wiener Kaiserschmarrn 40 Pfennig.

### Konkurrenzlos billig, reellste Fabrikate!

Für die Reellität der Fabrikate sprechen zahlreichste Anerkennungen:  
Unstreitig vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

No. 5  100 Stück Mk. 2,50.

**Special**  100 Stück Mk. 4,10

Für Händler und Wiederverkäufer, aus nur gesunden, wirklich guten Tabaken (lange Einlage) große volle Packform, pr. Mille Mk. 28.—, Regalia-Facon pr. Mille Mk. 22,50, rein netto Kasse. Unter 500 Stück werden von dieser Sorte nicht abgegeben.

Ferner empfehlen folgende Marken aus geschmackvoll zusammengestellten hochfeinen Gewächsen in normalen, modernsten Formen:

| Sumatra, Java.                  | St. Felix-Brasil.   | Havana und Mexiko.             |
|---------------------------------|---|--------------------------------|
| Commercio . . . 100 St. Mk. 3.— | Brillante (klein) . . . 100 St. Mk. 3,25                    | Perla Mexicana 100 St. Mk. 5.— |
| Feuerwehr . . . 3,50            | St. Felix-Brasil . . . 4,60                                 | Mexicanos . . . 5,50           |
| Efecto . . . 4,25               | St. Felix in Original-Pfisen . . . 12,50                    | Castillo . . . 6.—             |
| Olivera . . . 4,50              | 250 Stück enthaltend . . . 12,50                            | Walküre . . . 6,50             |
| Odalisca . . . 5.—              | Marke Bahia-Import (Handarbeit, Reiche Presse) 250 St. 15.— | Milena . . . 8.—               |
| Senta . . . 6.—                 |   | Tullia . . . 9.—               |

**Bedingungen:** Versand und Verkauf nicht unter 100 Stück von einer Marke. — 300 Stück portofrei unter Nachnahme. — Nichtkonvaleszentes erbiten, mit angebrochen, auf unsere Kosten gegen Rückzahlung des gezahlten Betrages zurück. — daher teuerste Nichts für den Besteller. Im Falle der Nichtlieferung oder Abgabe dürfen an jeder Mille 4 Stück probeweise unentgeltlich gerahmt sein. Bei Entnahme von 500 Stück gewähren 3 pCt., bei 1000 Stück 6 pCt. Rabatt, wenn sich Besteller auf diese Zeitung bezieht.

**Czollek & Geballe, Berlin C., Spandauer Brücke 9, drittes Haus vom Hadeschen Markt.**  
Preisliste franko.

### Ausnahme-Preis!

**Prima Fett Speck** bei 5 Pfd. à Pfd. 45 Pf.  
**E. Klähn, Köpenickerstrasse 163.**  
Telephon-Amt IV 5151.

### Uhren u. Goldwaaren

neueste Muster, billigste Preise.  
**Goldene Damen-Uhren v. 16, 20, 25 M. etc.**  
Silberne, Nickel, Stahl-Uhren 9, 12, 15 M.  
Regulator 9, 14, 20 M. etc.  
**G. Wagner**  
Skalitzerstr. 126, nahe Kottb. Thor.  
Reparaturen gut u. schnell.

### Niemand sollte verjähnen

bei Bedarf **Brunnenstr. 110** (neben dem Pferdebohn-Depot) von **Jgnats Sello** zu beziehen:  
Alten 7918

### Nordhäuser

per Liter 50 Pf.  
hergestellt ohne Pfeffer oder andere Verschärfungs-Mittel sowie feinsten **Liköre, Weine, Cognac, Rum etc. Spirituosen** im Einzelverkauf, auch eingewiesen nur zu **Engrospreisen**. Billigste Bezugsquelle. Bitte genau auf **Brunnenstr. No. 110** zu achten.

### Sophastoffe

und **Reste** in **Rips, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelins und Plüsch** (billig!)  
Probieren franko!  
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
**Berlin S., Cranienerstr. Nr. 158.**

### Herren- und Knaben-Bekleidung

## Heinrich Taureck

Reinleindorferstraße 53, gegenüber der Wiesenstraße.  
Grösste, reellste und billigste Einkaufsquelle des Weddings.  
Empfehle Einlegungs-Anzüge in größter Auswahl von 6 bis 24 M. Herren-Anzüge und Paletots von 8 bis 36 M.  
**Arbeiter-Bekleidung für sämtliche Berufsweige.**  
Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß unter Leitung erster Meister. [10142]

### Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Thelzahl wöchentl. 1 M.  
**Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22, Spreckelstr. 9-7.**

### Berliner Flick-Schusterei „Hans Sachs“

Befehl- und Reparatur-Werkstatt  
Brunnenstr. 198  
am Rosenthaler Thor.

Filiale und Baden-Geschäft:  
**Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 156**  
Saubere Arbeit! Unbedingte Reellität!

|               |      |         |      |
|---------------|------|---------|------|
| Herren-Sohlen | 1,65 | Absätze | 0,60 |
| Damen- „      | 1,30 | do.     | 0,50 |
| Knaben- „     | 1,30 | do.     | 0,50 |
| Mädchen- „    | 1,00 | do.     | 0,40 |
| Kinder- „     | 0,60 | do.     | 0,30 |

Handarbeit! Pa. Kernalder! Schnell! Reell!

**Abholen und Wiederbringen gratis!**

# Allerlei Anzeigen.

Alle Arten, Bettungen, Abfallpapier läuft jeden **W. Sauer**, Coppenstr. 3 I. 187/8  
Anfertigung eleg. Herren-Garderobe nach Maß. Constante Zahlungsbedingung ohne Preisaufschlag.  
**A. Marcus, Schneiderstr., Kaiserstr. 29.**

**Landhaus,**  
2 Wohnungen, vor u. Hintergarten, m. Bäckerei, einzige im Orte, verkauft billig **Toepfer, Andreasstr. 77, Baden.**

**Baustellen,** Fläche v. 5 M. an, verkauft **Toepfer, Andreasstr. 77, Baden.**

**Materialwaaren-Geschäft** mit Dekorationen, Niedertage, frankfrei (sof. od. 1. April 3. vert. Leistungstr. 15.  
sof. bill. 3. vert. Rab. **Seifengeschäft** Adorf, Reichenstr. 27

**Fahrrad,** Premier, fast neu, billig bei **Stephan, Geddesstr. 79.**  
Halbpreiser, wenig gebraucht, vert. **Hartmann, Gieselerstr. 52, [21978]**

**Betten,** schöner Stand, neu, umhängebare (sof. 20 M. Ritterstraße 118, v. 2 Tr. r. 21918)

**Nussbaum-Einrichtung.**  
Neu, extra gut gearbeitet, billig verkäuflich. [21896]  
Admiralstr. 8, vorn 1 Tr. links.

## Vermietungen.

**Zimmer.**  
Wöbl. kleines Zimmer, Preis 12 M. wünscht junger Mann. **Osteren C., Postamt Adorfstraße. 22126**

## Arbeitsmarkt.

**Achtung! Schneider!**  
Bei der **Anna Rothmer & Dünzer**, Unter den Linden 15, sind sämtliche Schneider in den Umkleen getreten. — Wir bitten, solidärisch zu handeln! 182/6  
**Die Ortsverwaltung des Verbandes der Schneider Berlins.**

**Achtung! Holzarbeiter.**  
In der **Wähler & Schwab**, Ballindammstr. 103, haben sämtliche Tischler, Drechsler und Möbelpolier wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt.  
Wiederholte Einigungsversuche waren erfolglos. 78/20

**Zuzug fernhalten!**  
Die Ortsverwaltung!

## Stellenangebote.

**Kardianmacher** verl. **Wienerstr. 67a.**

**Brückenwagen-Injizier**  
finden dauernde u. lohnende Beschäftigung bei **[12832]**

**Gebrüder Pfitzer,**  
Wagenfabrik in **Oschitz.**

**Selbständige Arbeiter**  
auf Sportwagen suchen **Wedel u. Sachmann, Reue Friedrichstr. 72.**  
Hofenschnaider außer dem Hause suchen **Wedel u. Sachmann, Reue Friedrichstr. 72.**

**Tüchtige Westfälschnider** suchen **Wedel u. Sachmann, Reue Friedrichstr. 72.**

**Alfenidewaaren-Arbeiter.**  
2 routinirte Wärter für Korpus (Kaffeekannen etc.) werden sofort für Koppenberger gesucht. **Reichardt 2c.** wird eingerichtet. Brief mit Kopie von Empfehlungen nebst Angabe, wo früher gearbeitet, bitte sub **P. 10** an die Exped. d. Bl. 53/6

**Korbmacher & Geblissen**  
auf **Wedd u. Poststr. 10** verlangt **[21908]** **A. Franke, Blücherstr. 12.**

**Tüchtige Reisende,** günstige Bedingungen **[22148]**  
**Internationale Guitarr-Itzher,** **Rixdorf, Reichstr. 10 II.**

**Einen Korbmachergehilfen** sucht **J. Kanzog, Rieder-Schönhauser, Widmerstr. I. [22136]**

**Gefellen auf Wägen** verlangt **Soujon, Frankstr. 35. [22108]**

**Eine perfekte Arbeiterin** für **seidene Lampenschirme** wird bei gut. Bezahlung u. dauernd. Stellung sof. gesucht. **Osteren unter N. E. 31818 an D. Franz in Mainz. [12836]**

**Lehrmädchen** bei Hof. Bergstr. verl. **Gutmann & Meyer, Rarionfabrik, Gieselerstr. 4. [21968]**

**Gebüde Arbeiterinnen** werden verl. **[21968]** **Röhlstr. 21.**

**Junge Mädchen,** die das Lesen und Kartonnieren der **Blusen** verstehen, werden verl. **Eisenberg & Sussmann, C. Jerusalemstr. 19/20.**

**Arbeiterinnen,** die große Posten **seidener Blusen**enden nach **Obern** liefern können, werden gegen **Bezahlung** von **Arbeitslohn** verlangt. **[21948]** **Eisenberg & Sussmann, Jerusalemstr. 19/20.**

**Wargenrod Arbeiterin** im Hause verlangt **Reumann, Berlinerstr. 64, I. [21968]**